

- | | |
|--|--|
| 1 Eine Chance auf Frieden in Syrien? | 17 Nachruf: Willy Spieler, Politiker und Publizist |
| 6 Gefährliche Zuspitzung im Südchinesischen Meer | 18 Nachruf: Verena Ritter, Vordenkerin des SFR |
| 12 Die Rolle der Medien in Kriegskonflikten | 20 Die Waffenausfuhr im Jahr 2015 |
| 14 Catharina Sturzenegger, Friedensengagierte | 22 Friedensveranstaltungen |

Ankündigung einer «Feuerpause» in Syrien

Eine Chance auf Frieden in Syrien?

Ist Frieden in Syrien überhaupt möglich? Bei Redaktionsschluss dieses Artikels Ende Februar 2016 keimte einmal mehr leise Hoffnung zumindest auf eine allererste Feuerpause in diesem seit März 2011 ständig eskalierenden Krieg auf.

/ Andreas Zumach /

Die USA und Russland hatten sich auf Modalitäten einer Waffenruhe ab 27. Februar geeinigt und die innersyri-

schen Kriegsparteien aufgefordert, dieser Vereinbarung zuzustimmen und sie auch umzusetzen. Eine Feuerpause sollte dann endlich auch die ungehinderte humanitäre Versorgung von 4,5 Millionen notleidenden Menschen ermöglichen, die in Städten und Regionen leben, welche zum Teil bereits seit Jahren durch die eine oder andere Kriegspartei weitgehend oder gar vollständig von der Aussenwelt und damit von Nahrungsmitteln, Medikamenten und anderen überlebenswichtigen Gü-

tern abgeschnitten werden. (Für viele von ihnen wird jede Hilfe zu spät kommen.) Frühere Vereinbarungen und Ankündigungen einer Feuerpause oder gar von Verhandlungen über eine politische Nachkriegsordnung in Syrien wurden nie umgesetzt. Selbst der «Friedensfahrplan», den immerhin alle am Syrienkrieg beteiligten äusseren Akteure – darunter Russland, die USA, Saudiarabien, die Türkei und Katar sowie erstmals auch Iran – im November letzten Jahres in Wien beschlossen hatten, blieb bislang



weitgehend Makulatur. Der Plan sah einen «möglichst baldigen Waffenstillstand» vor, gefolgt von Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition über die Bildung einer Übergangsregierung bis Mitte 2016 und schliesslich von der UNO überwachte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Mitte 2017. Stattdessen ist der Syrienkonflikt seit seinem Beginn am 18. März 2011 und noch einmal deutlich nach der Einigung auf den «Friedensfahrplan» ständig eskaliert und immer blutiger, opferreicher und unüberschaubarer geworden.

Alle instrumentalisieren alle

Am Anfang stand der völlig gewaltfreie Protest gegen die Regierung von Präsident Bashar al-Assad. Es ging den Protestierenden um grundsätzliche Freiheits- und Menschenrechte sowie um demokratische Selbstbestimmung – eine Zielsetzung des Arabischen Frühlings, die weiterhin Unterstützung benötigt. Und die keinesfalls erledigt ist, nur weil der Konflikt inzwischen in einen für viele Beobachter völlig un-

durchschaubaren Mehrfrontenkrieg mit bislang fast 300'000 Toten sowie rund zwölf Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen eskaliert ist. Im Land tobt ein innersyrischer Krieg zwischen Assads Regierungstruppen, verschiedenen säkularen und islamistischen Oppositionsmilizen und dem sogenannten Islamischen Staat. Und zugleich ist es ein Stellvertreterkrieg sowohl zwischen den USA und Russland wie zwischen Syriens Nachbarstaaten Saudiarabien, Iran, Türkei und Katar, wobei alle äusseren Akteure wiederum innersyrische Kriegsparteien für ihre Zwecke und Interessen instrumentalisieren.

Die Unüberschaubarkeit des Syrienkonflikts wurde noch befördert durch die Falschbehauptungen einiger Akteure oder durch irreführende Medienberichterstattung. Davon liessen und lassen sich bis heute viele Beobachter – auch innerhalb der Friedensbewegung – täuschen. Präsident Assad bezeichnete vom ersten Tag des Konflikts an unterschiedslos alle, die zunächst gewaltfrei gegen seine Regierung protestierten, später einer bewaffneten Oppositionsgruppe beitraten oder gar Kämpfer des sogenannten Islamischen Staats (IS) wurden, als «Terroristen».

Nur den IS bekämpfte Assad nicht

Assad behauptete, den IS zu bekämpfen, und forderte den Westen auf, ihn dabei zu unterstützen. Entgegen dieser Propaganda herrschte zwischen Assad und dem IS zumindest bis Mitte 2015 eine raffinierte Arbeitsteilung. Assads Geheimdienst spielte in den Anfangsjahren des IS im Irak eine entscheidende Aufbaurolle und beförderte die Zusammenarbeit zwischen islamistischen Kämpfern und Ideologen mit ehemaligen Armeeoffizieren und Geheimdienstlern des Regimes von Saddam Hussein, die die US-Besatzungsmacht nach dem Irakkrieg von 2003 sämtlich von ihren Posten entfernt und in die Arbeitslosigkeit verbannt hatte.

Zumindest in den ersten vier Jahren des Syrienkriegs wurden die IS-Milizen von der Luftwaffe und den Bodentruppen Assads nicht bekämpft. Und der IS ging – trotz all seiner Propaganda gegen die Regierung Assad – niemals gegen deren Streitkräfte vor, sondern immer nur gegen Oppositionsmilizen, die gegen die Regierung kämpften. Trotz dieser Fakten bezeichneten russische Regierungsvertreter oder von der Regierung Putin kontrollierte Medien Assad

in der Vergangenheit immer wieder als unverzichtbaren Bündnispartner für die erfolgreiche Bekämpfung des IS.

Es ist kaum vorstellbar, dass der russische Geheimdienst so schlecht informiert ist, dass er es nicht besser wüsste. Sollten es die USA und Russland diesmal tatsächlich ernst gemeint haben mit einer Feuerpause, dann deshalb, weil beide Grossmächte in den letzten Monaten zunehmend den Einfluss und die Kontrolle über ihre jeweiligen Verbündeten im Syrienkonflikt verloren haben.

Von Russland ermunterter Assad

Assad hatte dem unter Mitwirkung Russlands erstellten Friedensfahrplan Mitte Februar öffentlich eine Absage erteilt. Stattdessen proklamierte er, ermuntert von der Unterstützung der russischen Luftwaffe für seine Bodentruppen im Raum Aleppo, die militärische Rückeroberung des gesamten syrischen Territoriums. Zugleich liess Washingtons NATO-Verbündeter Türkei den Krieg gegen die syrischen Kurden eskalieren, die von den USA wiederum als Bodentruppen zur Bekämpfung des Islamischen Staats benötigt werden. Es droht eine direkte militärische Konfrontation zwischen der Türkei und Russland, durch die die USA und die anderen NATO-Staaten unter ungewollten militärischen Beistandsdruck für Ankara geraten könnten.

Auch der westliche Verbündete Saudi-Arabien drohte seit Anfang des Jahres immer unverhohlener, mit seiner Luftwaffe oder gar mit Bodentruppen aufseiten der salafistischen Oppositionsmilizen in den Krieg einzugreifen, worauf Iran wahrscheinlich mit einer verstärkten militärischen Unterstützung von Assads Regierungstruppen reagieren würde. Das könnte zu einer direkten



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Beat Luder, Iwona J. Fluda, Francine Perret, Peter Kreuzer, Balthasar Glättli.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Kichka; Seite 3: Cristina; Seite 7: HSFK; Seite 12: k.A.; Seite 15: k.A.; Seite 17: zVg; Seite 18: zVg.

Druck: gdz AG, Zürich
Auflage: 2000 Ex., März 2016

Die FRIEDENSZEITUNG erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–.

ISSN 1664-4492





militärischen Konfrontation führen zwischen den beiden um die Vormachtstellung am Persischen Golf konkurrierenden Regionalmächte: ein vierter Golfkrieg, der wahrscheinlich noch weit negativere Auswirkungen hätte für die Region, aber auch für die Weltpolitik und -wirtschaft, als die drei bisherigen Golfkriege in den Jahren 1980–1988, 1991 und 2003.

Und schliesslich droht trotz aller zwischen Washington und Moskau verabschiedeten Sicherheitsmassnahmen mit jedem Tag, an dem sich russische und US-amerikanische Luftstreitkräfte über Syrien bewegen und Bodenziele bekämpfen, ein ungewollter Zusammenstoss zwischen Kampfflugzeugen beider Seiten, der dann eskalieren und ausser Kontrolle geraten könnte.

Wer wird auch unter der «Feuerpause» weiterhin militärisch bekämpft?

Die Gemengelage in Syrien ist allerdings viel komplizierter und daher gefährlicher, als in all den Stellvertreterkonflikten – sei es in Angola und Mozambique, in Lateinamerika oder in Afghanistan –, die die USA und die ehemalige Sowjetunion während des Kalten Kriegs ausgefochten haben und dann irgendwann auch wieder unter gemeinsamer Kontrolle deeskalieren konnten. Selbst für den Fall einer tatsächlich funktionierenden Feuerpause zwischen den syrischen Regierungstruppen und den Oppositionsmilizen bleibt die zwischen Washington und Moskau nach wie vor ungelöste Streitfrage, welche Kriegsakteure auch unter einer Feuerpause weiterhin militärisch bekämpft werden dürfen. Ausdrücklich genannt sind in der amerikanisch-russischen Vereinbarung der Islamische Staat, der syrische Al-Kaida-Ableger Al-Nusra-Front sowie «andere Milizen, die vom UN-Sicherheitsrat als Terrororgani-

sationen eingestuft werden».

Zu dieser Kategorie gehören aus Sicht Russlands wie der syrischen und der iranischen Regierung auch die «Armee des Islam» und die «Islamische Bewegung freier Männer der Levante», da beide enge ideologische und operative Beziehungen zur Al-Nusra-Front unterhalten. Vor allem gegen Stellung dieser beiden islamistisch-salafistischen Milizen in der Provinz Aleppo richtet(e) sich die Ende Januar gestartete Offensive der syrischen Bodentruppen mit Unterstützung russischer Luftstreitkräfte.

Rumpfstaat im Westen Syriens?

Die beiden Milizen werden von Saudiarabien, Katar und der Türkei unterstützt und von den USA und anderen westlichen Ländern als legitime Vertreter der Opposition und unverzichtbare Teilnehmer an den Genfer Verhandlungen mit der Regierung betrachtet. Auf der anderen Seite haben die USA die auf der Seite der syrischen Regierungstruppen kämpfenden libanesischen Hisbollah-Milizen als Terroristen eingestuft, die auch nach einer Feuerpause weiterhin bekämpft werden dürfen.

Möglicherweise wird dieser Streit militärisch entschieden. Das heisst, vor Inkrafttreten einer Feuerpause vertreiben die syrischen Bodentruppen mit Unterstützung russischer Luftstreitkräfte die beiden Rebellenmilizen aus all ihren noch verbliebenen Stellungen im westlichen Viertel des syrischen Staatsterritoriums: von der türkischen Grenze über Aleppo, Idlib, Hama, Homs, Damaskus bis zur Stadt Daraa nördlich der Grenze zu Israel. Viele Indizien deuten darauf hin, dass die Regierung Putin sich für die Option entschieden hat, diesen Rumpf-

Fortsetzung Seite 4

Editorial

Es braucht mehr als eine Ohrfeige für die SVP

Eine schallende Ohrfeige hat die SVP in der Abstimmung zu ihrer Zwängerdurchsetzungsinitiative erhalten. 59 Prozent der Stimmenden und die grosse Mehrheit der Kantone haben die Initiative abgelehnt. Noch vor einem Monat hätte niemand ein solch klares Resultat vorausgesagt. Inzwischen ist etwas in Gang gekommen, was es so in unserem Land noch nie gegeben hat. Ein «dringender Aufruf» der Anständigen – von der SVP systematisch als «Gutmenschen» abqualifiziert – von unten, ausserhalb der üblichen politischen Kanäle, hat klar und deutlich zum Nein zu den Annahmen der SVP geführt. Kolleginnen und Kollegen wurden mobilisiert, man ist öffentlich hingestanden und hat Geld gespendet, womit eine Öffentlichkeitsarbeit möglich geworden ist, die die aufgewärmte «Schäffchen-Grafik» der SVP in den Schatten gestellt hat.

Der 28. Februar 2016 ist zweifellos ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der Schweizer Demokratie. Aber ist er mehr als ein Strohfeder? Das muss sich erst noch weisen. Wenn sich die Anständigen nun zufrieden auf dem Sofa zurücklehnen, wird dieser Tag zur Episode verkommen. Denn genauso wenig wie sich die SVP mit dem zweiten Bundesratssitz ruhig stellen lässt, wird sie diese Abstimmungsniederlage zur Besinnung bringen, im Gegenteil. Sowohl mit der Referendumsabstimmung gegen die Asylgesetzrevision am kommenden 5. Juni wie mit der Initiative gegen die Europäische Menschenrechtskonvention haben ihre nächsten Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte schon begonnen.

Um nicht immer wieder zu Notfallaktionen gezwungen zu sein, die sich bald abnutzen würden, müssen die Anständigen nun ihre Kampagne weiterführen, nicht gegen die SVP. Vielmehr müssen sie die bürgerlichen Parteien endlich davon überzeugen, der SVP die Weihe einer bürgerlichen Partei zu entziehen und sie endlich als das behandeln, was sie schon lange ist, eine rechtsextreme Führerpartei.

Ruedi Tobler

staat zu sichern, zu dem dann auch die russische Marinebasis Tartus am Mittelmeer und der Luftwaffenstützpunkt bei Latakai gehören würden.

Mit Luftangriffen ist der IS nicht zu vertreiben

Im Spätsommer letzten Jahres war der russische Militäргеheimdienst zur Einschätzung gelangt, dass Damaskus wegen der Schwäche der syrischen Regierungstruppen innerhalb weniger Wochen in die Hände des IS und verschiedener islamistischer Oppositionsmilizen fallen könnte. Um dies zu verhindern, begann Moskau am 30. September 2015 mit den Luftangriffen zur Unterstützung der Regierungstruppen. Zugleich beobachteten die russischen Militärs und die Geheimdienste sehr genau die am 24. August 2014 begonnenen Luftangriffe der USA und ihrer Verbündeten gegen Ziele des IS zunächst im Irak und dann auch in Syrien.

Moskau registrierte, dass mit bislang über 10'500 Luftangriffen mit fast 38'000 lasergesteuerten Bomben und Raketen (Stand: 23. Februar 2016) sehr wenig erreicht wurde. Die Schlussfolgerung in Moskau war, dass der IS nicht militärisch besiegt und aus ganz Syrien vertrieben werden kann. Zumindest nicht mit Luftangriffen. Zum Einsatz von Bodentruppen ist aber ohnehin niemand bereit. In Moskau gibt man sich – anders als in Washington und anderen westlichen Hauptstädten – auch nicht der Illusion hin, dass lokale Bodentruppen – seien es irakische Streitkräfte, kurdische Milizen oder Söldnerverbände aus benachbarten Staaten – einen erfolgreichen Bodenkrieg gegen den IS führen könnten. Deshalb setzt Moskau auf die zweitbeste Option, statt des gesamten

syrischen Territoriums wenigstens einen Rumpfstaat im Westen zu sichern unter Einschluss fast sämtlicher grösserer Städte sowie der beiden russischen Militärstützpunkte und mit einer mit Russland verbündeten Regierung in Damaskus. Das muss nicht und wird auf Dauer wahrscheinlich auch nicht Assad sein.

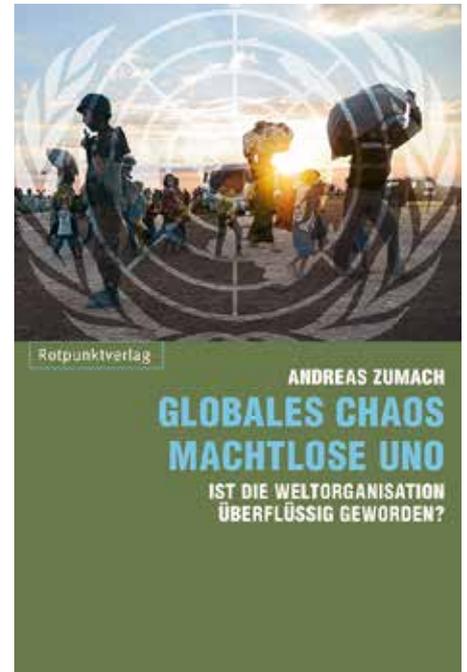
De-facto-Dreiteilung Syriens

Etwa die Hälfte des syrischen Territoriums bliebe dann dem IS sowie den aus dem westlichen Rumpfstaat vertriebenen islamistischen Rebellengruppen überlassen und den Kurden das restliche Viertel entlang der Grenze zur Türkei östlich von Aleppo. Sollte Russland dieses Szenario einer De-facto-Dreiteilung Syriens konsequent weiterverfolgen, hätten die USA und ihre westlichen wie regionalen Verbündeten (Türkei, Saudiarabien) keine Mittel, dies zu verhindern, es sei denn mit dem hohen Risiko einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland. Deshalb würde der Westen eine solche Dreiteilung zwar nicht offiziell absegnen, aber doch zähneknirschend akzeptieren.

Die Obama-Administration in Washington hat sich nach Informationen der **FRIEDENSZEITUNG** aus dem Weissen Haus längst auch auf diese mögliche Entwicklung in Syrien eingestellt. «Die Russen werden schon sehen, was sie sich mit diesem Rumpfstaat einhandeln», erklärte ein ranghoher Regierungsvertreter. Es sei eine «törichte Illusion», wenn Moskau glaube, der IS und die diversen islamistisch-salafistischen Rebellengruppen würden sich mit einer Dreiteilung Syriens und dem ihnen überlassenen syrischen Territorium zufriedengeben und den von Russland gesicherten Rumpfstaat nicht weiter behelligen.

ckendes leisten. Jedes Jahr werden drei Frauen mit dem Umweltpreis geehrt. Der zweite Preis ging an Claudia Doron-Zahner, die im Kongo tätig ist und mit ihrem Projekt «River of Hope» dem Dorf Selo zu einer Bank, einem Nähatelier, einer Schule, einem Restaurant und einer Krankenstation verhalf. Den dritten Preis erhielt Ursula Kuhn. Sie entwickelte ganzheitliche Ausbildungsprogramme für die Landbevölkerung von Peru und Bolivien.

Der 19. Postkartenkalender 2015 des Schweizerischen Friedensrates enthielt



70 Jahre UNO – eine Bilanz

Bereits in der zweiten Auflage erschienen: Andreas Zumach liefert in seinem Buch zum letztjährigen 70. Jubiläum der Vereinten Nationen «Globales Chaos – machtlose UNO» eine kritische Bilanz der Weltorganisation wie eine beherzte Verteidigung der Institution. Wir haben in unserer Ausgabe vom März 2015 ein Dossier mit Auszügen zu den wichtigsten Kapiteln gebracht. In die zweite, aktualisierte Auflage sind die aktuellen Entwicklungen in Syrien bis zum Dezember 2015 eingeflossen. Ein gut verständliches Kompendium über die UNO, das deren wechselvolles Wirken und künftige Möglichkeiten aufzeigt. Sehr empfehlenswert!

Andreas Zumach: **Globales Chaos – machtlose UNO.** Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Klappenbroschur, Rotpunktverlag, Zürich 2015, 264 Seiten, Fr. 24.–

Umweltpreis für Regina Frey

Regina Frey setzt sich in Sumatra und in der Schweiz für bedrohte Tiere und Landschaften ein und erhält dafür den Umweltpreis «Trophée de Femmes 2016». Die Stiftungsgründerin von PanEco durfte am 12. Februar die begehrte Trophäe entgegennehmen. Dieser Umweltpreis der Fondation Yves Rocher, dessen Jury aus VertreterInnen schweizerischer Umweltorganisationen und Medien besteht, ehrt Frauen, die durch ihr aussergewöhnliches Engagement für Umwelt und Natur Beeindru-

Bilder zum bedrohten Ökosystem in Sumatra. In der **FRIEDENSZEITUNG** vom September 2014 führten wir mit Regina Frey ein Gespräch über ihr vielfältiges Engagement – zum Beispiel über die Vernichtung des Regenwalds in Sumatra, die verheerenden Folgen der Palmölproduktion oder die Schutzprogramme für den Sumatra-Orang-Utan. In der Schweiz engagiert sich das von ihr gegründete Werk PanEco für das Naturzentrum Thurauen und für die Greifvogelstation Berg am Irchel.

Francine Perret

Studie und Buch zu Syrien

Die Ergebnisse von «Inside Syria: What Local Actors Are Doing For Peace», einer von Swisspeace, FarikBeirut.net und Conflict Dynamics International durchgeführten Studie, zeigen, dass zahlreiche lokale Gruppen trotz anhaltend hoher Gewalttaten immer noch an bedeutenden Aktivitäten zur Friedensförderung beteiligt sind.

Dazu zählen Anführer von Gemeinschaften, Fraueninitiativen, Jugendgruppen, NGO und bürgernahe Organisationen, Gemeinderäte sowie Versöhnungskomitees. Diese Menschen sind an Verhandlungen zur Freilassung und zum Austausch inhaftierter und entführter Personen beteiligt, an Konfliktlösung und Mediation, der Förderung friedlicher Werte, am Kampf gegen sektiererische Rhetorik, an Hilfs- und Entwicklungsarbeit sowie Menschenrechtsaktivitäten.

Alle in der Studie genannten Gruppen verfügen über wichtige Netzwerke, auf die man sich stützen kann. Anführer von Gemeinschaften haben beispielsweise einen bedeutenden Einfluss auf die Konfliktlösung, auf Verhandlungen und Mediation auf lokaler Ebene, wobei der Einfluss je nach Region variiert. In Sweida spielten sie eine wichtige Rolle bei der Beruhigung von angespannten Verhältnissen mit einem Nachbarsort, die sich zu einem bewaffneten Konflikt hätten zuspitzen können.

Wenn also die Feindseligkeiten in Syrien eingestellt würden, könnten Anführer von Gemeinschaften mit ihren starken Netzwerken und dem grossem Einfluss vor Ort auf die Zivilbevölkerung und auf bewaffnete Gruppen einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau leisten. Aufgrund ihrer traditionellen Position, ihrer Ressourcen oder auch ihrem Zugang zu bestimmten Gruppen werden sie als Einflusssträger angesehen. Allerdings hatten Anführer von Gemeinschaften, wie auch alle anderen Akteure, auch schon eine negative oder eskalierende Rolle inne.

Zweitens sorgen lokale Akteure in einer Zeit, in der die lokale Bevölkerung internationalen und nationalen Interessen gegenüber zynischer und misstrauischer wird, durch ihre Dienste für Vertrauen und Legitimität innerhalb ihrer Gemeinschaften. Dies trifft besonders auf Gruppen zu, die an der Hilfs- und Entwicklungsarbeit beteiligt sind, un-

abhängig davon, ob es sich dabei um Jugendgruppen, Fraueninitiativen oder Organisationen handelt. Diese Gruppen haben ein tiefgehendes Verständnis der Bedürfnisse und Prioritäten vor Ort, was für die Gestaltung jeglicher internationaler Programme wichtig ist.

Durch die Sicherung der Lebensgrundlagen leisten sie auch einen Beitrag zur Friedensförderung. So erklärte ein Mann aus Rif Damaskus, dass manche Menschen «Waffen tragen, um die Nahrung für ihre Kinder zu beschaffen». Das Gleiche gilt für Menschen, die sich für Bildung als Schutz vor einer Rekrutierung durch den Islamischen Staat engagieren. Andere wiederum nutzen Hilfsarbeit als Zugangspunkt und üben danach andere friedensfördernde Aktivitäten wie Mediation aus.

Die Verflechtung von humanitärer und friedensfördernder Arbeit muss unbedingt berücksichtigt werden, insbesondere aufgrund des sich stetig verändernden Kontextes. Dabei ist aber ein konfliktsensitiver Ansatz wesentlich, um die Arbeit lokaler Akteure nicht zu beeinträchtigen. Schliesslich sind lokale Akteure trotz hoher Sicherheitsrisiken weiterhin an der Beobachtung und Dokumentierung der Menschenrechte beteiligt. Diese Organisationen und Einzelpersonen sind wesentlich für die Bestätigung der Berichterstattung über das Geschehen vor Ort und für die Überprüfung, ob schriftliche Abkommen eingehalten werden. *KOFF-News März 2016*

Der Fluch der bösen Tat

Der grausame Krieg in Syrien und die grosse Not der Flüchtlinge beschäftigt auch hierzulande viele Menschen, doch wie konnte es eigentlich so weit kommen? In seinem letzten, posthum erschienenen Buch schildert der deutsche Publizist und Nahostkenner Peter Scholl-Latour seine Sicht der jüngsten Ereignisse in den Ländern des früheren osmanischen Reichs und alten Orients. Das Buch verbindet in Scholl-Latours typischen Art Reisereportage, Geschichtsabhandlung und viel Hintergrundwissen mit erhellenden Einblicken in das komplexe nahöstliche Geschehen. Der rote Faden durch das Buch bildet die Kritik an den fortlaufenden westlichen Interventionen im nahöstlichen Raum, bis hin zum Syrien-Fiasko.

Uns Leserinnen und Leser nimmt Peter Scholl-Latour mit auf die Reise. Im unterkühlten und weitgehend leeren Hotel Osman von Antakya hält es ihn nicht lange. Aufgenommen wird er dann in einem christlichen Kloster, wo sich Freunde aus der Umgebung und Anhänger der verschiedensten Religionen treffen, dabei auch syrische Flüchtlinge und ein libanesischer Geschäftsmann. Bei dieser Gelegenheit erfahren wir von Scholl-Latour vieles über Sunniten, Schiiten, Alewiten, Christen, Juden und Kurden zwischen Levante und Golf, über ihre Religionen und ihr Zusammenleben, über Zeiten orientalischer Gastfreundschaft und Toleranz einerseits, Epochen von Hitzköpfen, Dogmatikern und Machtmenschen andererseits.

Hier überzeugt Scholl-Latour nicht nur mit seinem Wissen und Einfühlungsvermögen, wir fühlen auch seine Verbundenheit mit dem Wohlergehen der Menschen dort. So äussert er etwa seine Befürchtung, dass der sogenannte Islamische Staat nach den aktuellen Morden und Vertreibungen der syrischen Christen und Jesiden nach einer allfälligen Niederlage von Assads Armee ein grauenhaftes Blutbad unter den Alewiten anrichten könnte.

Im Kapitel «Am Rande des Gemetzels» erfahren wir hautnah, was es heisst, einen Abstecher ins IS-Territorium zu organisieren, und wie es sich anfühlt, an der nächsten Strassensperre in die Gewehrläufe von Kalaschnikows verummter Gestalten zu starren. Von der durchlässigen türkischen Grenze, wo illegale Tanklaster, Waffenschieber und Schmuggler aller Art ihren «Geschäften» nachgehen, geht's zurück zur türkischen Geschichte, bis zu Erdogan und seinem zynischen Doppelspiel. Ein weiteres Kapitel blickt nach Iran, wo der Autor im CIA-Putsch gegen Mossadeq den «Urknall» westlicher Manipulationen sieht. Lange Ausführungen über jahrhundertelange osmanische Querelen von den Janitscharen bis Atatürk, Napoleon bis «Lawrence of Arabia» mag ein Ungeduldiger eher im Schnelldurchlauf absolvieren, diese zeigen uns aber eines: Die Zerrissenheit und Unterdrückung von Völkern, Stämmen und Religionsgemeinschaften durch fremde und eigenen Potentaten hat leider eine lange Tradition. *Beat Luder*

Peter Scholl-Latour: Der Fluch der bösen Tat – das Scheitern des Westens im Orient. Propyläen Verlag, Berlin 2014, 368 Seiten, Fr. 25.90, oder als Ullstein Taschenbuch, 352 Seiten, Fr. 17.90.

Das Rumoren im Südchinesischen Meer

Seit einigen Jahren mehren sich die Meldungen über Zusammenstöße und Provokationen im Südchinesischen Meer. Verfolgt man die mediale Berichterstattung, scheint der Schuldige schnell ausgemacht: die Volksrepublik China. In der Tat haben sich ihre Aktivitäten in dieser Region in den letzten Jahren deutlich erhöht: Patrouillen, Überwachungen, militärische Aktivitäten und künstliche Landaufschüttungen im Meer, durch die kleine Inseln entstehen, wo vorher nicht viel mehr als ein paar schroffe Felsen aus dem Meer ragten.

Tritt hier ein aggressives China ohne Not immer wieder gegen ein «Pulverfass»? Bei der Antwort ist Vorsicht geboten. Nicht nur China verfolgt hier handfeste Interessen. In diesem Gebiet kollidieren bzw. überlappen sich die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Anliegen von sieben Anrainerstaaten, dazu gesellen sich geostrategische Interessen der USA und Japans. Das führt zu einer Situation, in der zwar alle ihre friedlichen und legitimen Zielvorstellungen betonen, «eindeutige» Sachverhalte aber einer genauen Überprüfung oft nicht standhalten.

Peter Kreuzer zeigt die Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf, vergleicht die Aktivitäten der beteiligten Akteure, hinterfragt die Legitimität ihrer Ansprüche und stellt die amerikanische Politik im Südchinesischen Meer auf den Prüfstand. Einmal mehr zeigt es sich, dass klare Schuldzuweisungen fehl am Platz sind. Sinnvoller ist es, aus Sicht der regionalen Akteure und anhand positiver Ansätze aus der Vergangenheit Wege zu finden, um Eskalationsspiralen zu vermeiden.

Karin Hammer

Peter Kreuzer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programmbereich «Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden» an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSKF in Frankfurt a.M. Seine Forschungsinteressen umfassen philippinische Innenpolitik sowie maritime und territoriale Konflikte im Ost- und Südchinesischen Meer.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte und ohne ausführliche Anmerkungen versehene Fassung aus HSKF-Standpunkte Nr. 2/2015; die Untertitel stammen von der FRIEDENSZEITUNGS-Redaktion.

Die HSKF-Standpunkte erscheinen sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Die HSKF wurde 1970 als unabhängige Stiftung des bundesdeutschen Landes Hessen gegründet und ist darauf ausgerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen und die Bedingungen des Friedens zu erforschen. www.hsfk.de

Der Konflikt im Südchinesischen Meer stellt alle Beteiligten vor Grundsatzentscheidungen

Frieden und Stabilität mit oder ohne

Im Südchinesischen Meer braut sich etwas zusammen, das grosses Eskalationspotenzial hat – gänzlich disproportional zur Grösse der Streitobjekte, den paar Inseln, die flächenmässig zusammengenommen gerade einmal ein paar Quadratkilometer umfassen. Seit Jahrzehnten kollidieren hier die territorialen und maritimen Ansprüche von insgesamt sieben Staaten.

/ Peter Kreuzer /

Die Volksrepublik China und die Republik China auf Taiwan erheben Anspruch auf alle Inselgruppen und Atolle bis weit in den Süden (siehe Karte Seite 7). Kaum geringer sind die Ansprüche Vietnams, das wie die Erstgenannten sowohl die Paracel- als auch die Spratly-Inseln als Teil seines Staatsgebiets für sich reklamiert. Die Philippinen wiederum beanspruchen eine 200 Seemeilen breite ausschliessliche Wirtschaftszone und darüber hinausgehend noch den nördlichen Teil der Spratly-Inseln. Malaysia, Brunei und Indonesien reklamieren eine 200 Seemeilen breite Wirtschaftszone einschliesslich der darin liegenden Inseln.

Schon zweimal, 1974 und 1988, führte die Konkurrenz um die Souveränität über die verschiedenen Inselgruppen und die damit einhergehende Kontrolle grosser Meeresgebiete zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam. 1974 vertrieb China südvietnamesische Truppen aus dem westlichen Teil der Paracel-Inseln. 1988 besetzte es mehrere Atolle und Riffe auf den Spratlys, was zu einem militärischen Zusammenstoss mit vietnamesischen Einheiten führte, aus dem China als Sieger hervorging. In den 1990er-Jahren eskalierte die Situation zwischen China und den Philippinen, als China ein weit im Osten der Spratlys gelegenes Riff besetzte, was jedoch kein Blutvergiessen nach sich zog.

Politik mit Sandburgenbau

Diese Phasen der Eskalation wurden 2002 mit der Unterzeichnung einer von der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN initiierten Erklärung zum Verhalten im Südchinesischen Meer

beendet, die nicht nur von allen ASEAN-Staaten, sondern auch von China unterzeichnet wurde. Es folgte beinahe ein Jahrzehnt relativer Ruhe. Doch in den letzten Jahren eskalierten die Konflikte zwischen China auf der einen und Vietnam sowie den Philippinen auf der anderen Seite wieder.

Seit einigen Monaten hat sich die zunehmend prekäre Lage im Südchinesischen Meer weiter destabilisiert. China hat mehrere schon seit Langem besetzte Riffe und Atolle, die bis dato bei Flut kaum die Wasseroberfläche überragten, mithilfe massiver Landaufschüttungen in künstliche Inseln verwandelt. Mit entsprechender militärischer Infrastruktur wie Häfen und Flughäfen ausgerüstet, entstehen hier gerade formidabile «Sandburgen». Einmal fertiggestellt, würden es diese militärischen Installationen China ermöglichen, eine dauerhafte militärische Präsenz in der über 1000 Kilometer vom Festland entfernten Region aufrechtzuerhalten und seine territorialen und maritimen Ansprüche gegen die militärisch weit unterlegenen Philippinen, Vietnam, Malaysia, Brunei und Indonesien durchzusetzen.

Bedrohung für freie Seefahrt?

Der chinesische «Sandburgenbau» wird auch von den USA sehr genau beobachtet, hat er doch direkte Auswirkungen auf ihre strategische Position. Chinesische «Sandburgen» auf den Spratlys, also weit im Süden des Südchinesischen Meers, stellen aus US-amerikanischer Sicht eine potenzielle Bedrohung der Freiheit der Schifffahrt in einer Meeresregion dar, durch die ein beträchtlicher Teil des Welthandels verkehrt. Die «Sandburgen» bedrohen auch das Ziel der USA, die direkte bzw. indirekte Kontrolle über die «erste Inselkette» aufrechtzuerhalten und dadurch den chinesischen Zugang zum Pazifik zu kontrollieren.

Die USA unterhalten Militärallianzen mit Japan und den Philippinen und garantieren über den Taiwan Relations Act auch die Sicherheit Taiwans. Darüber hinaus kooperieren die USA sicherheitspolitisch eng mit Singapur. Abgerundet wird dieses Kontrollsystem durch die Si-

r gegen China?

cherheitsverträge der USA mit Südkorea im Nordosten und Thailand im Westen.

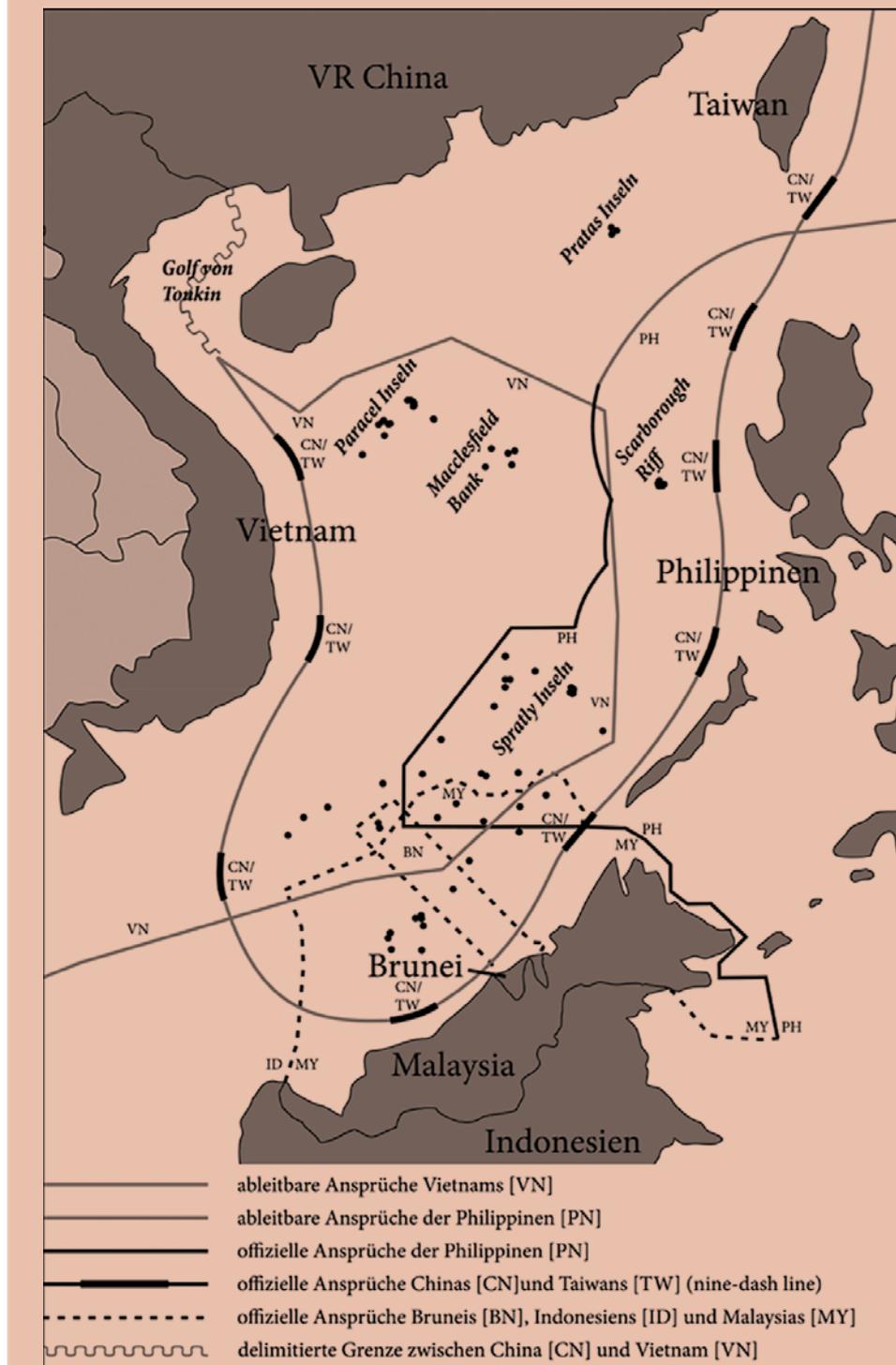
Wohllollender Hegemon

Die USA sehen sich als wohllollenden Hegemon, der mit seinen überragenden militärischen Fähigkeiten und den von ihm geführten Allianzen in (Süd-)Ostasien die regionale Sicherheit und Stabilität garantiert. Die chinesischen «Sandburgen» sind aus US-amerikanischer Sicht nicht nur Mittel im Konflikt um Souveränitätsansprüche, sondern sie sind auch ein wichtiger Baustein innerhalb einer umfassenden chinesischen Strategie, die darauf abzielt, dem US-Militär den Zugang zur chinesischen Nachbarschaft zu erschweren und langfristig gänzlich zu verbauen.

Innerhalb des Südchinesischen Meeres würden es entsprechende militärische Installationen auf den Inseln der chinesischen Küstenwache und Marine erlauben, den Druck auf die anderen Konfliktparteien zu erhöhen. Damit unterminieren die chinesischen «Sandburgen» die bestehende asiatische Sicherheitsarchitektur, die aus einer Reihe von bilateralen Allianzen zwischen den USA und den (süd-)ostasiatischen Staaten der «ersten Inselkette» beruht.

Einseitige Schuldzuweisung

Angesichts des forcierten Baus künstlicher Inseln erscheint es auf den ersten Blick offensichtlich, dass China mit seinem scheinbar kaum gebremsten Willen zur Durchsetzung territorialer Ansprüche die Hauptverantwortung für die derzeitige Situation trägt. En vogue sind derzeit auch Rezepte, die dem chinesischen Expansionsstreben über klare Signale wie der Vorbeifahrt von militärischen Schiffen oder dem Überflug von Kampfflugzeugen begegnen möchten und so die aufstrebende Grossmacht dazu bringen wollen, ihre Ansprüche wieder im Rahmen des internationalen Rechts zu verfolgen. Gegen diesen Trend der einseitigen Schuldzuweisung erklärte Tommy Koh, einer der prominentesten Diplomaten Singapurs, dass nicht nur China, sondern alle anderen Anspruch stellenden Staaten mit Ausnahme Bruneis, in den letzten Jahrzehn-



ten den Wortlaut und den Geist der gemeinsamen Erklärung über das angemessene Verhalten im Südchinesischen Meer verletzt haben, und zwar bei der Bestimmung ihrer Ansprüche, bei der Vergabe von Öl- und Gasexplorations- und Förderlizenzen, aber auch durch die vielfältigen Versuche, den Status quo zu eigenen Gunsten zu verändern.

Die Involvierung der USA als Schutzmacht, die öffentlichkeitswirksame Skandalisierung chinesischen Verhaltens und der unilateral vorangetriebene Weg über die internationale (Schieds-)

Gerichtsbarkeit werden den chinesischen Durchsetzungswillen eher befeuern und bestenfalls eine prekäre Sicherheit gegen China erwirken. Produktiver im Sinn einer integrativen Sicherheit erscheint es, auf Chinas Präferenz für bilaterale und regionale Mechanismen der Konfliktbearbeitung einzugehen. Modelle hierzu finden sich in der Vergangenheit etwa in Verträgen über gemeinsame Exploration und die gemeinsame Verwaltung von Fischereizonen.

Fortsetzung Seite 8

Die gegenwärtige Doppelstrategie der Philippinen und zunehmend auch Vietnams, einerseits auf die ASEAN zu setzen, aber gleichzeitig die USA als Sicherheitsgaranten im Streit mit China einzusetzen und darüber eigene Optionen des Widerstands zu maximieren, vertieft die Schwäche dieser Regionalorganisation. Sie fördert chinesisches Misstrauen und macht chinesische Kompromisse bei der Suche nach einem verbindlichen Verhaltenskodex unwahrscheinlicher, weil dies eine Aufrechterhaltung der strategischen Überlegenheit der USA in der Region zur Folge hätte. Soll der Strategie der ASEAN, einen verbindlichen Verhaltenskodex zu etablieren, Erfolg beschieden sein, dann müssen die USA kooperieren, etwa indem sie im Gegenzug gegen eine «verbriefte» chinesische Selbstbeschränkung ihren Schwenk nach Asien neu justieren.

Amerikanischer Schwenk nach Asien

Auch unter Präsident Obama streben die USA danach, die zentralen Faktoren der Weltordnung zu bestimmen. Das setzt voraus, dass sie sich notfalls immer auch gegen Widerstand durchsetzen können. Unter dem Schlagwort des «Schwenks nach Asien» betreiben die USA deshalb seit einigen Jahren eine Stärkung ihrer militärischen Fähigkeiten im asiatisch-pazifischen Raum. Sie bauen bestehende sicherheitspolitische Partnerschaften aus, errichten neue und unterstützen befreundete Staaten der Region beim Ausbau ihrer maritimen Fähigkeiten. Darüber hinaus verlegen sie zusätzliche Truppen und Kriegsschiffe in die Region. Dieser Schwenk nach Asien ist Teil einer umfassenden Strategie, «die globale Führung der USA aufrechtzuerhalten», wie es der Titel eines Strategiepapiers des amerikanischen Verteidigungsministeriums von 2012 formuliert.

Sicherheit erwächst aus dieser Perspektive aus eigener Stärke und militärischen Allianzen. Sie basiert auf der Überlegenheit eines von den USA geführten Clubs, der potenzielle Gefährder des Friedens ausschliesst. Dabei handelt es sich um Staaten, die «versuchen, grundlegende Aspekte der internationalen Ordnung zu revidieren, oder auf eine Art handeln, die unsere nationalen Sicherheitsinteressen bedrohen». Ziel ist es, «potenzielle staatliche Widersacher abzuschrecken, [...] und, wenn nötig, zu besiegen».

Historische Anomalie?

Sicherheit wird hegemonial gedacht. Dies ist aus US-amerikanischer Sicht kein Problem, verstehen sie sich doch als wohlwollender Hegemon. So betont Admiral Samuel Locklear, der ehemalige Kommandeur des Pazifikkommandos der USA, dass die «Militärpräsenz der USA hier ziemlich wohlwollend war, dass wir gegenüber den Staaten hier nicht aggressiv waren, und dass wir eine Sicherheitsarchitektur zur Verfügung gestellt haben, die den Aufstieg aller Länder hier ermöglicht hat, und dass das für die nächsten 70 Jahre fortgesetzt werden sollte. Die Idee, dass man in der komplexen Welt von heute ein sicheres maritimes Umfeld haben könnte, wenn die USA nach Hause gingen und das Management den angrenzenden Staaten überliesse, ist nicht realistisch, nicht in diesem Jahrhundert.»

Während die US-Politik davon ausgeht, dass «Frieden und Stabilität unter amerikanischer Hegemonie blühen» und diese folgerichtig aufrechterhalten werden muss, sehen chinesische Politiker und Analysten diese Situation als «historische Anomalie, die einer ausgeglicheneren Machtverteilung weichen sollte». Während China in den Worten des chinesischen Botschafters in den USA, Cui Tiankai, für «ein Sicherheitskonzept eintritt, das für umfassende, kooperative und nachhaltige Sicherheit steht», ziele die US-Politik darauf, «die eigene absolute Sicherheit auf Kosten anderer zu erreichen».

Neutralität zunehmend aufgegeben

In dieses Bild passt aus chinesischer Sicht, dass die USA in den letzten Jahren zunehmend ihre Neutralität im Konflikt um die Inseln im Südchinesischen Meer aufgegeben haben, etwa indem sie äusserten, dass die chinesischen Ansprüche nicht mit dem internationalen Recht vereinbar seien. Obgleich sich die USA selbst generell internationaler Gerichtsbarkeit entziehen oder in der Vergangenheit sogar deren Urteile explizit nicht anerkannt haben, unterstützen sie aktiv die einseitige Anrufung des Ständigen Schiedshofs durch die Philippinen.

Anfang 2013 hatten die Philippinen diesen angerufen, um, vereinfacht gesagt, überprüfen zu lassen, inwieweit die von China behaupteten, auf einer alten Karte aus den 1940er-Jahren beruhenden, chinesischen Ansprüche mit dem modernen Seerecht vereinbar sind. Was auf den ersten Blick wie der Versuch

aussieht, internationalem Recht Geltung zu verschaffen, erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als eine feine Form der «asymmetrischen Konfliktführung»: Das Verfahren wurde gegen den ausdrücklichen Willen Chinas angestrengt. Es zielt nicht darauf ab, die konkurrierenden Ansprüche aller Parteien, sondern allein den rechtlichen Status der sogenannten Neun-Striche-Linie (nine-dash-line), durch die die chinesischen Ansprüche auf besagter Karte bestimmt sind, beurteilen zu lassen.

Grossmächtekonkurrenz

So umgeht die philippinische Strategie bewusst die von China in Bezug auf die Seerechtskonvention abgegebene Erklärung, dass das Land die in der Konvention vorgesehenen Streitschlichtungsmechanismen, unter anderem für Streitigkeiten über die Grenzziehung, nicht akzeptiert. Damit wollen Staaten wie China, aber unter anderen auch Grossbritannien, Frankreich, Kanada oder Dänemark, die ebenfalls entsprechende Noten bei den Vereinten Nationen hinterlegt haben, sicherstellen, dass ein Rekurs auf internationale (Schieds-)Gerichtsbarkeit im Einzelfall auf freiwilliger Basis erfolgt. Obwohl sie die philippinische Strategie unterstützen, sind die USA der Seerechtskonvention bislang nicht beigetreten.

So gesehen, resultiert der grössere Durchsetzungswillen Chinas während der letzten Jahre möglicherweise nicht so sehr aus einem unilateral gesteigerten Willen zur Macht, als vielmehr aus dem US-amerikanischen Schwenk nach Asien und der geänderten US-Position zur Konfliktbearbeitung im Südchinesischen Meer sowie den resultierenden «Automatismen» der Grossmächtekonkurrenz: «Wie man es von einer Grossmacht erwarten kann, die mit einem sich verschlechternden strategischen Umfeld konfrontiert ist, hat sich China gegen den Schwenk mit konkreten Politiken und nicht bloss mit aggressiver Rhetorik wie in der Vergangenheit gewehrt». (Robert Ross)

Bedroht China die freie Schifffahrt?

Chinesische Aktivitäten im Südchinesischen Meer stellen eine Bedrohung der freien Schifffahrt dar. Dies ist eines der zentralen Argumente der USA und anderer Staaten, die immer wieder betonen, dass «alle Länder das Recht auf freie Schifffahrt und Überflug haben müssen, so dass der globale Handel ungestört weitergehen kann. [...] Das sind

die Rechte aller Nationen. Es sind keine Privilegien, die durch ein Land gewährt oder entzogen werden können». (Ashton Carter)

Für eine Bedrohung der Freiheit der zivilen Schifffahrt durch China gibt es jedoch keinerlei Hinweise. Bislang hat China zu keinem Zeitpunkt versucht, zivile internationale Schifffahrt in den von ihm kontrollierten Gebieten einzuschränken. Als weltgrößte Exportnation, die noch dazu einen grossen Teil ihrer Rohstoffe importiert, hängt China selbst von genau dieser Freiheit ab. Daher ist es extrem unwahrscheinlich, dass es einen derartigen Schritt unternehmen würde.

Umstrittene Seerechtskonvention

Deutlich anders sieht es in Bezug auf die vor allem für die USA bedeutsame Freiheit militärischer Operationen innerhalb der chinesischen ausschliesslichen Wirtschaftszone (Exclusive Economic Zone, EEZ) aus. Hier versucht China schon seit Langem, eine von der US-Interpretation abweichende Sicht der internationalen Seerechtskonvention durchzusetzen. Im Kern geht es dabei um die Frage, welche militärischen Aktivitäten fremder Mächte innerhalb dieser in der Regel 200 Seemeilen umfassenden Zone erlaubt sind.

Während China diese auf die friedliche Durchfahrt beschränken möchte, beharren die USA auf dem Recht, innerhalb dieser Zonen frei operieren zu dürfen, also auch Spionage zu betreiben. Mit der Verschmelzung der Freiheit der (zivilen) Schifffahrt mit den entsprechenden militärischen Aktivitäten porträtieren sich die USA als Garant eines allgemeinen Gutes, das allen zusteht. So formuliert der amerikanische Verteidigungsminister Ashton Carter:

«Die USA werden fortfahren, die Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs zu verteidigen, Prinzipien, die die Sicherheit und Wohlfahrt dieser Region seit Jahrzehnten gesichert haben. [...] Amerika und seine Alliierten und Partner werden sich nicht davon abschrecken lassen, diese Rechte auszuüben – die Rechte aller Nationen.»

Katz- und Mausspiel im Ozean

Während China bislang zu keinem Zeitpunkt in die Freiheit der zivilen Schifffahrt eingegriffen hat, beschattet es seit Jahren fremde militärische Schiffe und Flugzeuge innerhalb seiner EEZ und in der Ende 2013 eingerichteten Luftraumüberwachungszone im Ostchinesischen



Eine chinesische Sandburg im Südchinesischen Meer: Lässt hier eine aggressive Grossmacht ihre Muskeln spielen? In der Tat werden die Erdaufschüttungen als Militärbasen genutzt. Doch ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Chinas bisheriges Handeln sich nicht substantziell von dem der anderen Akteure unterscheidet. Foto: © picture alliance/dpa

Meer. Es hat auch schon mehrfach versucht, US-amerikanische Spionageflugzeuge und -schiffe aus diesen Luft- und Seeräumen abzudrängen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, agiert China dabei jedoch kaum anders als viele andere Staaten, die die Bewegungen fremden Militärs innerhalb entsprechender Zonen kontrollieren, ohne sie einzuschränken. Mit eigenen Häfen und Flughäfen in den Spratly-Inseln würden sich die Fähigkeiten zu entsprechenden Operationen weit weg vom Festland für China signifikant erhöhen.

Am ehesten ist zu vermuten, dass China die auf den Spratlys gebauten Häfen zur Stationierung von Küstenwachschiffen nutzen würde, die dann zum Beispiel das chinesische Fischereigesetz deutlich effektiver gegen Fischer der anderen Anspruchsteller durchsetzen könnten. Da die Fischer der anderen Staaten sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit jeweils auf ihr nationales Recht berufen, sind hier grössere Konflikte als in der Vergangenheit zu erwarten.

Notwendig sind geeignete Regelungen, die die Erzwingung nationalen Rechts in umstrittenen Gewässern pragmatisch beschränken und idealerweise eine gemeinsame Behörde zur Lizenzvergabe errichten, wie es im Ostchinesischen Meer zwischen China und Korea sowie China und Japan schon seit Langem der Fall ist. Ohne derartige Re-

gelungen ist in dieser Hinsicht zukünftig mit mehr krisenhaften Situationen zu rechnen.

Nutzt China seine ökonomische Macht für strategische Ziele?

Analysen, die China eine tiefgreifende Nutzung geo-ökonomischer Mittel in Asien zur Stärkung der eigenen Position und Unterwerfung der schwächeren Nachbarn unterstellen, sind reich an Ideologie, jedoch arm an Fakten. Zwei Beispiele werden gerne vorgelegt. Zum einen eine angebliche chinesische Beschränkung des Exports seltener Erden nach Japan nach einem Zwischenfall im Jahr 2010. Hier konnte nachgewiesen werden, dass es eine solche Beschränkung zwar temporär gab, doch war diese nicht gegen Japan gerichtet, sondern betraf alle entsprechenden Exporte Chinas weltweit.

Die Beschränkung war auch schon Monate vor dem entsprechenden Zwischenfall angekündigt worden. Obgleich die Exportreduktion nichts mit dem Zwischenfall zu tun hatte, wird sie auch in aktuellen Medienberichten und in wissenschaftlichen Texten immer wieder zur Illustration dafür herangezogen, dass China bereit ist, widerspenstige Nachbarn durch ökonomischen Druck zu disziplinieren.

Fortsetzung Seite 10

Keine Anzeichen für Erpressung

Im zweiten Fall verweigerten die chinesischen Behörden 2012 im Rahmen einer Krise mit den Philippinen um die Kontrolle eines Atolls die Einfuhr einer grossen Menge philippinischer Bananen wegen Schädlingsbefalls. Zeitgleich sagten eine Reihe chinesischer Reiseveranstalter Reisen in die Philippinen aus Sicherheitsgründen ab. Hier ist ein Zusammenhang möglich. Analysiert man aber den gesamten Handel zwischen China und den Philippinen, so finden sich in den letzten Jahren keinerlei Anzeichen dafür, dass China seine Wirtschaftsmacht zu politischen Zwecken einsetzt. Ganz im Gegenteil stieg der bilaterale Handel in den letzten Jahren durchgängig. 2014 exportierten die Philippinen sogar 79 Prozent mehr Waren nach China als noch im Vorjahr.

Das Gleiche gilt für Vietnam. Chinesische Importe vietnamesischer Güter stiegen während der letzten Jahre kontinuierlich – in den ersten acht Monaten des Jahres 2014 lagen sie um gut 15 Prozent über denen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Insgesamt gibt es bislang keinerlei Anzeichen dafür, dass China willens sein könnte, im Krisenfall seine überlegene Position zu einer Beschränkung der zivilen Schifffahrt oder zur Erpressung kleinerer, ökonomisch schwächerer Parteien einzusetzen.

Seit Langem Gerangel um die Spratlys

Während des gesamten Zeitraums von den ersten Inselbesetzungen in den Spratlys in den 1950er-Jahren bis heute unterscheidet sich das chinesische Konfliktverhalten kaum von dem der anderen Anspruchsteller mit Ausnahme Bruneis, das keinerlei «Inselfestungen» oder «Sandburgen» errichtet hat. Abgesehen von Taiwan, das schon 1956 die grösste Insel der Spratlys besetzte, begann der Sturm auf die Inseln Anfang der 1970er-Jahre mit mehreren Besetzungen durch die Philippinen, denen wenig später Vietnam und Anfang der 1980er-Jahre Malaysia folgten.

China errichtete 1987/1988 als letzte Macht eine physische Präsenz auf den Spratly-Inseln. Das nutzte Vietnam seinerzeit zur Besetzung einer grösseren Zahl weiterer Erhebungen in den Jahren 1987 bis 1991. 1995 zog China mit einer und 1999 Malaysia mit zwei weiteren Besetzungen nach. Seitdem haben sich die verschiedenen Mächte auf ihren Po-

sitionen eingegraben, ohne neue zu besetzen. Derzeit unterhalten China, die Philippinen und Malaysia jeweils weniger als zehn militärische Aussenposten auf den Spratly-Inseln, Vietnam hat über 25, Taiwan einen.

Das Sändelen ist ziemlich beliebt ...

Zwar fand die Politik der Besetzung neuer Positionen Ende der 1990er-Jahre zu einem vorläufigen Ende, nicht jedoch der Ausbau der militärischen und zivilen Infrastruktur. Wie bei der Besetzung war China auch beim Ausbau der Infrastruktur vor Ort bis zur aktuellen Phase des «Sandburgenbaus» nicht der herausragende Akteur. Sowohl die Philippinen als auch Vietnam und Taiwan unterhalten auf den Spratly-Inseln seit Jahrzehnten jeweils einen Flughafen, Taiwan und Vietnam verfügen über Häfen. Beides, Häfen und Flughäfen, wurde in den letzten Jahren mittels Sandaufschüttung und Beton vergrössert.

Demgegenüber steht die Fertigstellung des ersten chinesischen Hafens und Flughafens in den Spratlys noch aus. Auch in Bezug auf die Öl- und Gasexploration und -ausbeutung in den umstrittenen Gebieten erweist sich China als Nachzügler. Alle anderen Anspruchsteller begannen in den 1970er-Jahren mit der Exploration in umstrittenen Gebieten. Erste Schritte der Untermuerung von territorialen Ansprüchen durch die Vergabe von Explorationsrechten durch Vietnam und die Philippinen datieren auf die frühen 1970er-Jahre. Die gefundenen philippinischen Vorkommen werden seit 1979 ausgebeutet.

Auf diese und andere Explorationen reagierte China zunächst vor allem mit diplomatischen Mitteln, aber auch mit Militärmanövern in den umstrittenen Regionen. Immer wieder wurde in offiziellen Publikationen kritisiert, dass diese «kleinen Länder [...], still und leise das dortige Öl plündern, indem sie Chinas Toleranz und Zurückhaltung ausnutzen» (Dangdai, 1990).

Ausbau der Öl- und Gasförderung

Mit gleicher Münze zahlte China erst Anfang der 1990er-Jahre heim, als es Explorationsaufträge in umstrittenen Gebieten vergab. In der Folge gab es wiederholt Konflikte zwischen China, Vietnam und den Philippinen, die alle versuchten, eigene Explorationen voranzutreiben und gegnerische zu verhindern. Zur gleichen Zeit bauten Malaysia und Brunei ihre Öl- und Gasförderung

in umstrittenen Gebieten zügig aus. Das wurde jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Bemerkenswert ist, dass China, das auf die meisten der Offshore-Fördergebiete von Brunei und (Ost-) Malaysia Anspruch erhebt, keinen nennenswerten Protest eingelegt hat. Stattdessen ist China einer der Hauptabnehmer für malaysisches Öl und Gas.

Ein positiver Wechsel der Dynamiken folgte nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zum Verhalten im Südchinesischen Meer, als die Philippinen und China 2004 einen bilateralen Vertrag zur gemeinsamen Öl- und Gasexploration in Teilen der Spratlys unterzeichneten, dem sich 2005 Vietnam anschloss. Die erste Phase dieses Projekts wurde zwar erfolgreich abgeschlossen. Doch wurde dieses Abkommen, das von vielen Seiten als erster Schritt in eine kooperativere und konstruktivere Richtung der Konfliktbearbeitung interpretiert worden war, ein Opfer philippinischer Innenpolitik und lief 2008 aus.

Scheitern gemeinsamer Exploration

Nachdem dieser Versuch einer gemeinsamen Exploration gescheitert war, kehrten die Konfliktparteien zu ihren unilateralen Strategien zurück. 2011 nahmen sowohl Vietnam als auch die Philippinen gegen chinesischen Widerstand die einseitige Exploration wieder auf. Wenig später folgte China. Die chinesischen Aktivitäten resultierten 2014 in einer wochenlangen Konfrontation mit Vietnam über eine chinesische Ölbohrinsel in umstrittenen Meeresgebieten südwestlich der Paracel-Inseln. Entsprechende Zeitreihen liessen sich für alle anderen Dimensionen des Konfliktaustrags erstellen. Alle würden aufzeigen, dass sich chinesisches Handeln in der Vergangenheit nicht substantiell von dem der anderen Konfliktparteien unterscheidet.

China hat kaum je die Initiative ergriffen, sondern übernahm Handlungsmuster, die so oder ähnlich auch von einer oder mehreren der anderen Parteien schon genutzt worden waren. Auch hat China in den Jahren, in denen die Philippinen und Vietnam Zurückhaltung übten, seinerseits keine eskalativen Schritte unternommen und sich ebenfalls kooperativ verhalten. Der zentrale Unterschied zwischen den chinesischen Aktivitäten und denen der anderen Konfliktparteien liegt in den Kapazitäten, die die einzelnen Länder im Konfliktaustrag zur Anwendung bringen können.

Ansprüche und internationales Recht

In der gegenwärtigen Diskussion steht die Legitimität der chinesischen Ansprüche des Südchinesischen Meeres im Vordergrund. Diese werden seit den späten 1940er-Jahren durch die oben erwähnte Karte illustriert, auf der eine gestrichelte Linie praktisch das ganze Südchinesische Meer umreisst. Diese wurde zunächst von der Regierung der Republik China auf Taiwan benutzt, fand aber nach einigen Jahren auch Eingang in die Legitimationsstrategie der Volksrepublik China. Unklar ist dabei bis heute, was die beiden Chinas innerhalb dieser Linie eigentlich beanspruchen: alle Inseln mitsamt der dadurch generierten Territorialgewässer und ausschliesslichen Wirtschaftszonen oder den gesamten eingeschlossenen Raum.

Sowohl China als auch Vietnam argumentieren, dass sie historische Rechte auf die umstrittenen Inselgruppen hätten, weil diese schon vor über 2000 (China) bzw. vor vielen hundert Jahren (Vietnam) von ihnen entdeckt und anschliessend in die Verwaltung des Reiches eingegliedert worden seien. Demgegenüber betonen die Philippinen, dass die von ihnen beanspruchten Inseln bis 1951 zu Japan gehört hätten. In diesem Jahr hat Japan im Vertrag von San Francisco auf alle Rechte über die Inseln verzichtet.

Terra nullius

Damit seien die Inseln Niemandsland (terra nullius) geworden, da die Rechte an keinen anderen Staat übertragen worden seien. Als solches hat sie der philippinische Abenteurer und Geschäftsmann Tomas Cloma 1956 in Besitz genommen und später seine Rechte an die Philippinen abgetreten. Malaysia und Brunei argumentierten allein auf der Basis des Seerechts und erklärten alle Inseln, die innerhalb der von ihnen beanspruchten ausschliesslichen Wirtschaftszonen liegen, zu Teilen ihres Staatsgebietes.

Sowohl die chinesischen Ansprüche auf die Spratly-Inseln und auf eine Reihe von Riffen und Atollen vor der philippinischen und malaysischen Küste als auch die Ansprüche aller anderen Staaten stehen auf schwacher rechtlicher Grundlage, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen. Genau deshalb messen alle Akteure der tatsächlichen territorialen Kontrolle und der Demonstration nationaler Souveränität grosse Bedeutung bei.

Es ist in genau diesem Feld, in dem China mit dem «Sandburgenbau» nun deutlich über die Aktionen hinausge-

gangen ist, die andere Anspruchsteller zur Untermauerung ihrer Ansprüche unternehmen. In Anbetracht der Zurückhaltung in der Vergangenheit sieht sich China hier im Recht. Aus chinesischer Sicht hat China in der Vergangenheit immer defensiv agiert. Allerdings könne und werde China es nicht mehr zulassen, dass «irgendjemand China einen unilateralen «Status quo» aufzwingt». (Cui, Tiankai 2015)

Sind sich alle einig über China?

Insbesondere die Philippinen, aber auch zunehmend Vietnam haben einen konfrontativen Umgang gewählt, der auf die Internationalisierung des Konflikts und die Involvierung der USA als Sicherheitsgaranten setzt. Demgegenüber verfolgen Brunei und Malaysia seit Jahrzehnten eine diametral entgegengesetzte Strategie, die zentrale chinesische Forderungen zur Konfliktbearbeitung (insbesondere den Fokus auf bilaterale Verhandlungen) aufgreift, eine Medialisierung des Konflikts vermeidet und auf einen expliziten Rückgriff auf den möglicherweise verfügbaren Schutz durch die USA verzichtet. Insbesondere Malaysia betont die Eigenständigkeit der nationalen Aussenpolitik und nutzt Geheimgespräche in Krisensituationen. Chinesische Provokationen werden öffentlich ignoriert und über verstärkte bilaterale Diplomatie bearbeitet, freilich ohne dass irgendwelche Ergebnisse öffentlich bekannt gegeben würden.

So haben 2013 und 2014 chinesische Kriegsschiffe mehrfach in direkter Küstennähe zu Ostmalaysia Operationen durchgeführt und Souveränitätsmarkierungen ins Meer geworfen. Was in den Philippinen und Vietnam zu öffentlichen Protesten oder Gegenaktionen geführt hätte, wurde von den malaysischen Behörden verschwiegen. Als die Aktionen dennoch öffentlich wurden, bestritten die malaysischen Behörden zunächst, dass sie in malaysisch beanspruchten Gewässern stattgefunden hatten, um sich später dahin gehend zu korrigieren, dass es sich nicht um Provokationen gehandelt habe, da sich die chinesischen Schiffe in internationalen Gewässern befunden hätten.

Malysias schwierige Strategie

Der malaysische Verteidigungsminister Hishammuddin erklärte mit Blick auf die Nachbarn Vietnam und die Philippinen gar: «Nur weil ihr Feinde habt, heisst das nicht, dass eure Feinde unsere

Feinde sind.» Aus seiner Sicht «können die Chinesen jeden Tag patrouillieren, solange sie nicht beabsichtigen, in den Krieg zu ziehen. Ich denke, wir haben genug Vertrauen, dass wir nicht von alltäglicher Politik oder Emotionen davongetragen werden.»

Gleichzeitig äussern malaysische Politiker, dass die Bearbeitung der Territorialkonflikte erschwert würde, wenn sie mit der neuen Mächtekonkurrenz zwischen China und den USA verknüpft würde. Stattdessen betonen sie durchgängig die positiven Aspekte der gewachsenen Rolle Chinas in der neuen multipolaren Welt – und nehmen damit eine zentrale Zielvorstellung chinesischer Weltordnungspolitik, Multipolarität, auf.

Was tun?

Im Juni 2015 wurde bekannt, dass möglicherweise schon seit zwei Jahren ein chinesisches Küstenwachtschiff innerhalb der von Malaysia beanspruchten exklusiven Wirtschaftszone ankert. Diesmal änderte die malaysische Führung ihre Öffentlichkeitsarbeit und betonte, dass das chinesische Schiff von der malaysischen Marine beobachtet werde und Malaysia wie auch in früheren Fällen diplomatischen Protest eingelegt habe. Manche Autoren argumentieren, dass dies einen langsamen Richtungswechsel Malaysias signalisiere.

Allerdings wurde Anfang 2015 ein weiteres chinesisches Küstenwachtschiff von der malaysischen Marine beschattet, ohne dass dies öffentlich gemacht worden wäre. Das übernahm die Onlinepublikation «The Diplomat», der entsprechende Satellitenaufnahmen zugespielt worden waren. Dies lässt vermuten, dass der öffentlichen Reaktion Malaysias im Jahr 2015 weniger eine geänderte Strategie zugrunde liegt. Vielmehr dürfte das Problem darin bestehen, dass die Strategie der Geheimdiplomatie für Malaysia angesichts internationaler gezielt gefütterter medialer Öffentlichkeit immer schwieriger wird, ohne dabei Gefahr zu laufen, die eigene innenpolitische Legitimität zu beschädigen.

Aufgrund der Komplexität und der auf allen Seiten verhärteten Positionen ist eine Lösung der Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer nicht zu erwarten. Vielmehr muss es um deren Verwaltung auf einem möglichst niedrigen Konfliktniveau gehen. Idealtypisch lassen sich zwei Wege der Sicherung von Frieden und Stabilität in der Region denken: mit oder gegen China.

Medien und Krieg – neue Propagandakanäle sind kaum zu stoppen

Die Medien – verbreitet als vierte Gewalt bezeichnet – spielen eine zentrale Rolle in allen Gesellschaftsbereichen. Sie informieren, kommentieren, hinterfragen. Die von ihnen aufgegriffenen Nachrichten verbreiten sich rasch. Die Medien nehmen eine Auswahl vor, und damit prägen sie, was an eine breitere Öffentlichkeit gelangt und was im Verborgenen bleibt. – Mit diesem Text verabschiedet sich Iwona Fluda von den Leserinnen und Lesern der FRIEDENSZEITUNG nach ihrem einjährigen Freiwilligeneinsatz beim Friedensrat.

/ Iwona Fluda /

Wer heute informiert sein will, hat alle Möglichkeiten: Tages- und Wochenzeitungen, Radio, Fernsehen, Internet, soziale Medien. Der Möglichkeiten sind so viele, dass die Menschen allzu oft überfordert sind. Übersättet von Informationen, wissen viele am Ende des Tages nicht mehr, ob und wem sie glauben sollen. Ist diese Quelle vertrauenswürdig? Oder versteckt sich dahinter doch nur Propaganda für oder gegen etwas? Wie soll man mit widersprüchlichen Informationen umgehen? Wer hat recht und gibt es sie überhaupt, die richtige Meinung? Viele verzweifeln ob der Informationsflut und geben auf.

Unzählige Propagandakanäle

Schon immer spielte die mediale Propaganda eine wichtige Rolle. Neu ist heute jedoch, dass es unzählige Kanäle gibt, die Propaganda verbreiten. Neben den klassischen Print- und Audiomedien sind vor allem die sozialen Medien als die grossen Player zu nennen. Traditionelle Medien, für die bezahlt wird, werden von Redaktionen getragen; professionelle JournalistInnen werden angestellt, um die Informationsflut für die LeserInnen zu sichten und zu bündeln.

Hingegen können alle, die wollen, einen Twitter- oder Facebookaccount eröffnen und über diesen Kanal verbreiten, was ihnen beliebt. Damit eröffnen

sich für Propagandakampagnen welcher Art auch immer ganz neue Wege. Gerade Kriegspropaganda wird heutzutage über soziale Medien betrieben, obwohl Polizei, Regierungen oder die sogenannte Anonymous-Gruppe* versuchen, dagegen anzugehen. Es ist bekannt, dass Terroristen und ihre UnterstützerInnen diese neuen Kanäle fleissig nutzen.

Die Kriegspropaganda ist so alt wie der Krieg selber

Der amerikanische Politiker Hiram Johnson (1866–1945) sagte bereits 1918: «Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.» Mit anderen Worten liesse sich sagen: Kriegspropaganda hat es immer schon gegeben. Und der Grund dafür liegt auf der Hand: Der Feind soll desinformiert, manipuliert und verärgert werden, damit er so schnell wie möglich aufgibt und kapituliert. Doch so einfach ist es nicht: Auch die Gegenseite wird mit allen Mitteln versuchen, den Feind zur Kapitulation zu zwingen, und dies eben-

falls mit allen, auch mit unlauteren Mitteln. Heute nun ist es dank Internet und sozialen Medien um einiges einfacher geworden, Falschmeldungen in die Welt zu setzen und so Zivilbevölkerung, aber auch Kriegstruppen zu verunsichern.

Informationen, die wir zur Kenntnis nehmen, seien sie nun über die klassischen Medien oder über Social Medias und Internet zu uns gekommen, sind immer gefilterte Informationen. Jemand macht eine Auswahl. Besonders einschneidend dürfte dies bei der Kriegsberichterstattung sein. Auffallend ist hier, dass negative Schlagzeilen und aktuelle Meldungen sehr stark vertreten sind. Hintergrundberichte fehlen leider zu oft, die Entwicklungen aufzeigen würden und der Verfestigung von Vorurteilen und einer «Angstgesellschaft» entgegenwirken könnten.

Der Syrienkrieg erlaubt jegliche Tricks

Im Syrienkrieg zeigt sich in aller Deutlichkeit, wie schwierig es ist, den Infor-



mationen vertrauen zu können. Das mag damit zusammenhängen, dass in diesem Konflikt die Informationsvermittlung über die sozialen Medien erstmals breit eingesetzt wird. Und zwar von allen Seiten. Das macht es unglaublich schwierig zu erkennen, was richtig und was falsch ist. Oft ist zu erleben, dass auf eine Meldung gleich eine Berichtigung dieser Meldung erfolgt.

Die Frage bleibt also: Wer sagt bzw. schreibt glaubwürdig, was stimmt? Eine erhöhte Glaubwürdigkeit dürften Journalistinnen und Journalisten haben, die Meldungen dank ihres spezifischen Wissens einzuschätzen vermögen. Es sind Leute, die direkt vor Ort sind, die die Regionen kennen und das Gespräch zu allen Bevölkerungsgruppen suchen. Ihnen gelingt es, Hintergründe aufzuzeigen und die Komplexität deutlich zu machen.

Der Kreml als Propagandafabrik

Ein gutes Beispiel für die Verbreitung von Falschmeldungen über Syrien sind die Informationen, die in Russland veröffentlicht werden. Nach Angaben des Kremls werden in Syrien von russischen Truppen nur die KämpferInnen des Islamischen Staats erfolgreich bekämpft. Andere Berichterstattungen weisen jedoch eindeutig nach, dass Russland auch dort bombardiert, wo keine IS-KämpferInnen zu finden sind. Russland führt nach eigenen offiziellen Angaben einen hochtechnologischen Krieg in Syrien mit den besten Waffen und Flugzeugen.

In Wirklichkeit jedoch wurden die Flugzeuge, die bei den Bombardierungen eingesetzt werden, in den 1960er- und 1970er-Jahren hergestellt, basierend auf Technologie aus dem Zweiten Weltkrieg. Insbesondere kommen vor allem Kassettenbomben zum Einsatz, die zwischen 20 und 200 kleineren Bomben auf grosser Fläche verstreuen können und – was noch wichtiger ist – deren Abwurf von den Piloten nicht kontrolliert werden kann, da sie nicht präzise einzusetzen sind. Opfer der russischen Angriffe ist denn immer wieder die Zivilbevölkerung und gerade nicht IS-KämpferInnen und andere Terroristen.

Alle Konfliktparteien nutzen Falschinformationen

Während ich diesen Artikel schreibe, erreicht mich die Nachricht, die Amerikaner und die Russen hätten sich darauf geeinigt, ab sofort nur noch die Terroristen des IS und der Al-Nusra-Front in

Syrien zu bombardieren. Geben damit die beiden Weltmächte nicht gerade zu, dass sie während dieses schrecklichen Krieges, der schon seit fünf Jahren dauert, auch andere Ziele bombardiert haben? Was sie bisher immer abstritten.

Doch die russische Propaganda ist nicht die einzige, die bei diesem Konflikt sichtbar wird. Alle Konfliktparteien – Saudi-Arabien, Katar, die Türkei und die USA – nutzen sie, indem sie Informationen filtern, um ihr Handeln vor Ort zu legitimieren und nicht aufzudecken, was sie wirklich tun. Falschinformationen werden gestreut, um Verstösse gegen die Menschenrechte zu verheimlichen, aber auch, um neue Propagandakanäle so intensiv wie möglich zu nutzen und dadurch das Vertrauen der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Und in diesem Umfeld spielen die sozialen Medien ohne Zweifel eine zentrale Rolle und haben grossen Einfluss auf die öffentliche Meinung.

Viele Menschen leiden heute unter der Menge von Informationen und dem Mangel an Wissen. Sie können nicht mehr einschätzen, was nun stimmt und was nicht. Doch wie lässt sich erkennen, ob Berichterstattung in den Medien – insbesondere solche aus Kriegsgebieten – richtig ist? Diese Frage kann ich leider nicht beantworten, ich muss vielmehr gestehen, dass sie auch als Folge der neuen Informationskanäle, die nicht mehr zu stoppen sind, immer komplexer wird und neue Fragen aufwirft.

* «Anonymous» ist ein Internet-Phänomen, das weltweit von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der Netzkultur verwendet wird, um – mit oder ohne Abstimmung mit anderen – unter diesem Namen Hacktivismus und öffentliche Demonstrationen zu betreiben. – Im September 2014 gab das Kollektiv auf Twitter bekannt, dass es unter dem Namen «Operation Ice ISIS» eine Cyberwar-Kampagne gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) betreibt. Ziel der Kampagne ist es, den Einfluss des IS auf soziale Medien zu verringern. Im Zuge dieser Aktion wurde eine grössere Zahl an Accounts bei Twitter und Facebook aufgedeckt, übernommen oder unbrauchbar gemacht. Am 16. November 2015 – drei Tage nach den Terroranschlägen in Paris mit über 130 Toten – kündigte Anonymous an, dass der IS, der sich zu den Anschlägen bekannt hatte, nicht ungestraft davonkommen dürfe, und erklärte ihm erneut den Krieg. Unter dem Namen «Operation Paris» unternimmt es das Kollektiv, die Internetauftritte der Terrororganisation unter anderem bei Twitter zu hacken. (Quelle: Wikipedia, Stand Ende Februar 2016)

Die Propaganda-Reise nach Eritrea

«Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen», sagt der Volksmund. Die Reise von PolitikerInnen nach Eritrea konnte ernsthaft wohl nur dieses Ziel haben. Die Beteiligten suchten eine höhere Legitimation, um in der politischen Debatte über die Situation in Eritrea mitreden zu können: ob Flüchtlinge bei uns Schutz brauchen oder ob man sie rasch wieder zurückschicken kann.

Das Problem der Propagandaübung war, dass sie nur bestätigte, was alle schon wussten, die sich mit Eritrea beschäftigen. Das Land ist nicht im Bürgerkrieg. Aber es ist eine Diktatur ohne freie Presse, mit einem politischen Geheimdienst und unkontrollierten Foltergefängnissen. Im Land, das schon die Ausreise als Landesverrat unter Strafe stellt, «haben die Wände Ohren», wie die grüne Regierungsrätin Susanne Hochuli schrieb.

Wenn sie und NationalrätInnen aus SVP und CVP (ohne Yvonne Feri von der SP) nun als kleinsten gemeinsamen Nenner eine unabhängige Fact Finding Mission der Schweiz fordern, beweisen sie nur, dass ihre Recherchefähigkeiten eher beschränkt sind. Denn genau dies hatte das Staatssekretariat für Migration schon im letzten Herbst beschlossen. Ein Telefon hätte genügt, um es zu erfahren.

Den Beweis, dass sich Eritrea wandeln will, muss das Land aber selbst erbringen. Mit realen Veränderungen. Erstens unabhängiger Zugang zu Arbeitslagern und Gefängnissen: für das Rote Kreuz, aber auch für andere ausländische Beobachter. Zweitens Aufhebung des absoluten Verbots der freien Presse: damit Eritrea nicht weitere acht Jahre das Schlusslicht auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit ist. Und drittens die Aufhebung des menschenrechtswidrigen Verbots der «Republikflucht».

Wenn diese Schritte ernsthaft umgesetzt würden, dürfte niemand etwas dagegen haben, die eritreische Bevölkerung mit Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen. Ausser vielleicht diejenige Politiker der SVP, die dies nun am lautesten fordern – und gleichzeitig die Entwicklungszusammenarbeit halbieren wollen.

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne

P.S. Gegenüber der **FRIEDENSZEITUNG** hat die IKRK-Regionaldirektion für Afrika am 26. Februar bestätigt, dass dem IKRK nach wie vor keinen Zugang zu den Gefängnissen in Eritrea gewährt wird.

Serie Friedensfrauen zur Zeit des Ersten Weltkriegs

1. Teil: Catharina Sturzenegger, Friedenspublizistin und Rotkreuz-Aktivistin in Japan und Serbien

Im November vergangenen Jahres fand im Raum für Literatur an der St. Leonhardstrasse in St. Gallen eine Veranstaltungsreihe des Archivs für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte, des Schweizerischen Friedensrates, der Frauenbibliothek und Fonothek Wyborada sowie der IG Frau und Museum unter dem Titel *Gegen Giftgas und Krieg – Frauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges für Frieden und Gerechtigkeit* statt. Wir stellen die vier dort porträtierten Frauen (die fünfte war die Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner, über die es jedoch etliche aktuelle Biografien gibt) in einer kleinen Serie vor.

Als Auftakt referierte Karin Weber, ehemalige Führerin im Dunant-Museum in Heiden AR, am 5. November 2015 über die appenzellische Publizistin Catharina Sturzenegger (1854–1929). Sie war Lehrerin, Posthalterin sowie Publizistin, die u.a. eine frühe Friedenszeitschrift und eine «Schweizergeschichte aus pazifistischer Sicht» herausgab. Als Posthalterin in Wolfhalden AR wurde sie eine gute Bekannte von Henry Dunant, der im benachbarten Heiden lebte. Auf Dunants Wunsch hin reiste sie während des russisch-japanischen Kriegs nach Japan (1904–1908), um da die Rot-Kreuz-Tätigkeit zu beobachten. Auch in Serbien (Balkankrieg und Erster Weltkrieg) weilte sie ab 1912 zweimal und arbeitete aktiv als Rot-Kreuz-Helferin.

Dieser Beitrag stützt sich auf das Referat von Karin Weber und auf weitere Quellen (siehe Seite 16). Nächste Folgen der Serie werden sich Clara Ragaz-Nadig, Gertrud Woker und Käthe Kollwitz widmen.

«Gegen Giftgas und Krieg»

Frauen zur Zeit des 1. Weltkrieges für Frieden und soziale Gerechtigkeit

5. November 2015 19 Uhr
Catharina Sturzenegger, 1854–1929
Referat Karin Weber

Veranstaltungsreihe
im Raum
für Literatur
St. Leonhardstrasse 40
3. Stock

Die engagierte Posthalterin von Wolfhalden AR

Catharina Sturzenegger

Sie war eine umtriebige Publizistin, gab monatliche Friedensblätter und eine «Schweizergeschichte aus pazifistischer Sicht» heraus, begeisterte sich für die Ideen Henry Dunants und Bertha von Suttners, reiste nach Japan und Serbien und berichtete von den dortigen Kriegsfronten und der Tätigkeit des Roten Kreuzes. Die Appenzellerin Catharina Sturzenegger, langjährige Posthalterin in Wolfhalden AR, war dort etwas unterbeschäftigt, als sie Bekanntschaft mit einem weissbärtigen Herrn namens Dunant machte.

/ Peter Weishaupt /

Catharina Sturzenegger wurde 1854 in Speicherschwendi AR als sechstes Kind – zwei Monate zu früh – in eine arme Familie hineingeboren. Weil es zu wenig Nahrung für die vielen Mäuler gab, wurde sie schon früh zu einer Tante weggegeben. Obwohl diese eigentlich vermögend war, musste das erst sechsjährige Mädchen von morgens fünf bis abends neun unter Abzug dreier Schulstunden in einer Fabrik arbeiten. Mit zwölf riss sie aus ihrer Ersatzfamilie aus, verdiente in einer Fabrik eigenes Geld und konnte der Mutter davon wenigstens etwas abliefern.

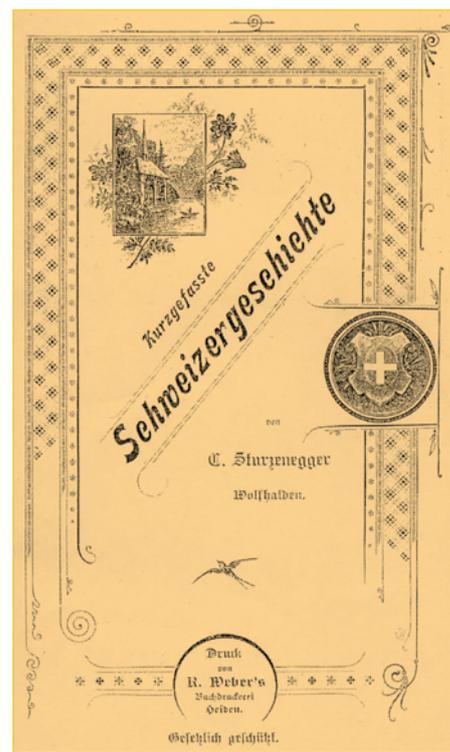
Das Kind hatte ein «eigenartiges Temperament», war «e urüebigs Näscht» und dabei «gescheit wie eine Tasche», wie ihre Angehörigen sie gegenüber ihrer Biografin Maria Morel beschrieben. So bestand sie trotz ihres eher mageren Schulrucksacks 1872 die Aufnahmeprüfung ans Lehrerinnen-seminar in Bern – ermöglicht hatte ihr dies u.a. der Pfarrer von Teufen AR, der ihr Französisch beigebracht hatte. Nach der zweijährigen Ausbildung arbeitete sie bis 1881 als Lehrerin, zuletzt in Kandergrund BE, wo sie «traumhaft glücklich» war, wie sie berichtete. Doch dann erlitt sie eine schwere Typhuserkrankung, und später hatte sie einen Unfall mit einem Pferdefuhrwerk – von da an war sie gehbehindert und konnte nicht mehr als Lehrerin arbeiten.

Unterbeschäftigte Posthalterin

1884 wurde ihr die kleine Poststelle in Wolfhalden AR für ein Jahresgehalt von

anfänglich 720 Franken anvertraut, wo sie sich bald dafür stark machte, mehr Briefträger einzustellen, weil das Zustellgebiet doch sehr weitläufig war. Sie setzte sich auch für ein besseres Gehalt für die Familienväter ein und war eine der ersten Vorkämpferinnen für eine Pension für Postbeamte. Die Poststelle, die sie von morgens fünf bis abends neun betreuen musste, um die Pferdepost-Fuhrwerke abfertigen zu können, ermöglichte ihr einige ruhige Stunden, die sie mit journalistischen Arbeiten für viele Schweizer Zeitungen ausfüllte, auch brachte sie sich selbst das Fotografieren bei. Nebenbei war sie auch als erste und einzige Frau im dortigen Schützenverein und stellte des Öfters ihre Kollegen mit ihren Treffern in den Schatten...

Einmal beteiligte sie sich an einem schwedischen Preisausschreiben zum Thema «Praktische Vorschläge für Frieden und Abrüstung» und bekam für ihren Beitrag den 7. Preis. Seit sie die in Bern herausgegebene Zeitschrift «Der Friede» kennengelernt hatte, setzte sie sich für die Friedensarbeit ein. Das sollte zeitlebens so bleiben. In ihrer Zeit als Posthalterin war sie für die Internationale Friedensliga und den Allgemeinen Schweizerischen Friedensverein publi-



zistisch tätig und initiierte die Sektion Ostschweiz und St. Gallen der Liga.

Begegnung mit Henry Dunant

Ihre Gesundheit blieb angeschlagen. So musste sie nach einem weiteren Beinbruch für längere Zeit ins Bezirkskrankenhaus nach Heiden. Dort traf sie wieder auf den scheuen Mann mit weissem Bart und Spazierstock, der dort seit 1892 als Pensionär wohnte und der ihr in ihrem Postbüro zahlreiche Correspondenzen an gekrönte und ungekrönte Häupter in ganz Europa anvertraut hatte. Es hätte auch in Heiden ein Postbüro gegeben, doch Henry Dunant hatte nach seinen wegweisenden Aktivitäten zur Gründung des Roten Kreuzes Pech mit seiner Firma, die in Konkurs geraten war. Er musste seine Heimatstadt Genf als Geächteter verlassen und irrte während fast zwanzig Jahren auf der Flucht vor seinen Gläubigern kreuz und quer durch Europa. Verarmt, verbittert und misstrauisch übergab er seine zahlreichen Briefschaften lieber dem kleinen Postbüro in Wolfhalden unterhalb von Heiden, zumal deren Posthalterin Französisch sprach.

Es war der Beginn einer langen Freundschaft und eines intensiven Gedankenaustauschs zwischen Sturzenegger und dem Rot-Kreuz-Visionär. Sie war mit ihren publizistischen Aktivitäten nicht unwesentlich an der späten Wiederentdeckung Dunants und seiner Auszeichnung mit dem ersten Friedensnobelpreis 1901 – zusammen mit Frédéric Passy – beteiligt. Noch im Spital schrieb sie einen Artikel über die von Passy gegründete «Friedensliga», von dem das Internationale Friedensbüro in Bern einen Separatdruck in Tausenden von Exemplaren machte. Ein solches Exemplar landete auch in Wien auf dem Tisch der Baronin Bertha von Suttner, der wichtigsten Wortführerin der damaligen internationalen Friedensbewegung.

«Kurzgefasste Schweizergeschichte»

1896 erschien die «Kurzgefasste Schweizergeschichte», die Sturzenegger nach eigener Aussage vom pazifistischen Standpunkt aus geschrieben hatte. Das beinhaltete vor allem, dass sie im Gegensatz zur vorherrschenden nationalistischen Schlachtenprosa nicht nur die blutigen Markpunkte unserer Geschichte beschrieb, sondern auch kulturelle und völkerrechtliche Entwicklungen einbrachte. Auf den letzten der etwa 100 Seiten gab sie der Genfer Konvention, dem Gründer des Roten Kreuzes Henry



Catharina Sturzenegger als Posthalterin in Wolfhalden AR.

Dunant sowie den künftigen humanitären Aufgaben der Schweiz Raum.

So forderte sie zum Beispiel wie Dunant ein internationales Schiedsgericht, eine Idee, die damals in Friedenskreisen populär war, und hoffte, dass «der Schritt, auch den Völkerfrieden völkerrechtlich zu regulieren, somit in der Mission der Zukunft liegt und wohl nichts weiteres mehr als eine Frage der Zeit ist. Ist dieselbe gelöst, so hören die «Menschenabschlachtungen» von selber auf; denn, statt mit Feuer und Schwert würden internationale Streitfragen dann vor einem internationalen Tribunale erledigt, vor einem Weltgerichtshof – das ist's, was die Friedensliga will.» Das Büchlein brachte ihr viel Lob und Ehre ein, so auch eine Ehrenmeldung an der Landesausstellung 1896 und später an der Weltausstellung 1900.

Die Mission in Japan

1904 war der russisch-japanische Krieg um die Mandschurei und Korea ausgebrochen, und Henry Dunant klagte, «ist denn niemand in der ganzen Schweiz, der zu den Japanern geht, um ihnen zu

sagen, wie sie die Verwundeten nach den Grundsätzen des Roten Kreuzes behandeln sollten». Catharina anerbote sich, es kam ihr nicht ungelegen, denn in geschäftlichen Belangen hatte sie – wie Dunant – kein besonders glückliches Händchen. Während der sechswöchigen Schiffsreise nach Japan lernte sie Englisch. In Japan angekommen, wollte sie mit dem Roten Kreuz in den Krieg ziehen und als Samariterin und Kriegsberichterstatte für Schweizer Zeitungen arbeiten.

Doch daraus wurde nichts, die Japaner duldeten keine Frauen an der Front. Deshalb wollte sie wenigstens im Landesinnern die Organisation und die Tätigkeiten des Roten Kreuzes studieren und besuchte Lazarette, Spitäler und Rot-Kreuz-Vereine, ihr Geld verdiente sie mit Artikeln für die japanische Presse und mit Deutschstunden. Wie zäh die Appenzellerin war, zeigte sich auch darin, dass sie trotz ihrer Gehbehinderung als 50-Jährige im Winter den heiligen Berg Fujiyama bestieg. Noch heute be-

Fortsetzung Seite 16

zeugen die Japaner neben Dunant auch Sturzenegger ihre Ehre.

Umfangreiche publizistische Tätigkeit

Nach vier Jahren zog es sie aber wieder in die Schweiz zurück, wo sie nun auf Vortragsreisen über Japan berichtete und den Erlös jeweils japanischen Wohltätigkeitsinstitutionen übergab. Das Nomadenleben wurde der bald 60-Jährigen aber zu viel. So nahm sie eine Stelle als Redaktorin in Würzburg an: «Ich hatte wöchentlich sechs verschiedene Blätter mit katholischem, protestantischem und sozialistischem Stoff zu redigieren und illustrieren. Es waren dies Sonntagsblätter, die den meisten damaligen Tageszeitungen beigelegt wurden. Über 120 Schweizerblätter und mehr als 500 deutsche und österreichische wurden damit bedient.» Sturzenegger setzte mit der Zeit durch, dass die für die Schweiz bestimmten Blätter mehr «Schweizerkost» enthielten.

Bei all ihrer umfassenden Menschenliebe wollte sie doch mehr Nationalität und auch mehr Friedensarbeit in diese neuen schweizerischen Sonntagsblätter einbringen. Das ging eine Weile gut, dann aber wurde verlangt, dass sie wieder mehr ausländische und leichtere Kost biete. Sturzenegger trat daraufhin von ihrem Posten zurück. Später schrieb sie – noch immer wütend: «Ich aber blieb stellenlos und begab mich, da ich

zu Hause nichts mehr zu arbeiten hatte, in den Balkankrieg, wo es mir gleichgültig gewesen wäre, umzukommen, wenigstens wüch ich keiner Gelegenheit aus, weder dem Bombardement noch den Epidemien.»

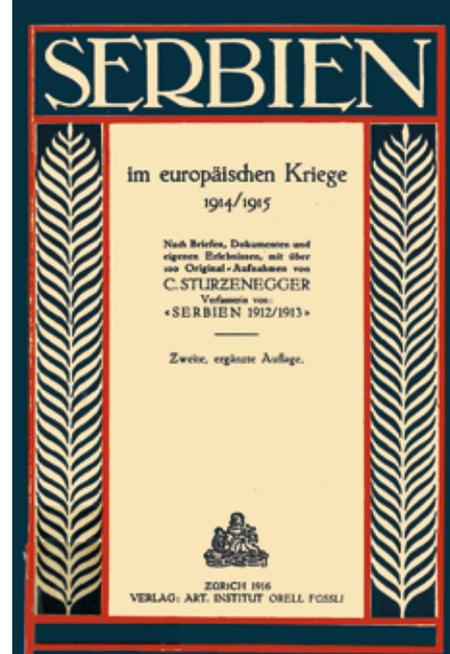
Im Dienste Serbiens

In der Folge war sie zweimal in Serbien: 1912 im Balkankrieg und erneut nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Hier nun konnte sie im Dienste des Roten Kreuzes Verwundete pflegen. Daneben war sie geschätzte Kriegsberichterstatlerin, u.a. für die NZZ. Sturzeneggers ganze Sympathie galt jeweils dem Land, in dem sie sich gerade aufhielt. Das war schon in Japan so und nun auch wieder in Serbien. In ihren Schriften finden sich denn auch immer wieder patriotische Einschübe. Doch sie setzte sich ebenfalls für österreichische Kriegsgefangene ein, was ihr das Misstrauen der Serben einbrachte. Sehr sachlich beschreibt sie auch Menschenrechtsverletzungen an der serbischen Bevölkerung.

Zwischen ihren beiden Serbien-Einsätzen verfasste sie eine «Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestande des Internationalen Roten Kreuzes und der Genferconvention». In den Text integrierte sie eine Biografie über Henry Dunant und wurde damit zu seiner ersten Biografin. Am Ende des Büchleins ruft sie nicht nur zu Barmherzigkeit – was hier mit der Arbeit des Roten Kreuzes gleichgesetzt werden kann –, sondern vor allem zum Frieden auf.

Extrablätter für den Frieden

Nach ihrer Rückkehr aus Serbien liess sie sich in Zürich nieder. Sie kämpfte weiter, nun auch für eine Altersversicherung. 1925 stimmten die männlichen Stimmberechtigten einem entsprechenden Verfassungsartikel zu, am 1. Januar 1948 schliesslich trat die AHV in Kraft, die ersten Renten wurden ausbezahlt. Im Theodosianum – geführt von den Ingenbohl-Schwestern –, fühlte sie sich gut aufgehoben, zwei Jahre vor ihrem Tod trat sie noch zum Katholizismus über. Bis zu ihrem Tod gab sie auch «Die monatlichen Extrablätter über die Frie-



densbestrebungen im In- und Ausland» heraus, sie konnten für einen Franken im Jahr bezogen werden. Am 11. Oktober 1929 starb Sturzenegger und wurde nur unweit von Dunants Grab auf dem Zürcher Friedhof Sihlfeld beerdigt. Die Kosten für ihre Beerdigung übernahm übrigens die serbische Regierung.

Für Renate Bräuniger, die Autorin des Bands «Frauenleben Appenzell», war bestechend, wie vielfältig die Texte Catharina Sturzeneggers waren: «Landschaftsbilder, medizinische Erläuterungen, historische Exkurse, statistische Ausführungen zu volkswirtschaftlichen Fragen, Schilderungen von einzelnen Personen, Vers-Einschübe, minutiöse Beschreibung von Zerstörungen und Kriegsfolgen, Mitteilungen über den eigenen Gefühls- und Gesundheitszustand konnten in ein und demselben Text aufeinander folgen. Sturzenegger selber sagte dazu: «Ich bin nicht akademisch gebildet, gehöre auch keinem Schriftstellerkreise an, ich kenne die literarischen Regeln auch nicht weiter – ich habe einfach gesungen, wie der Vogel singt, ganz genau so, wie es mir in der Kehle gesteckt.»

Quellen

- Referat von Karin Weber im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Gegen Giftgas und Krieg» am 5. November 2015 in St. Gallen.
 - Maria Morel: Catharina Sturzenegger. Verlag Huber, Frauenfeld 1932.
 - Hans Amann: Henry Dunant und die Appenzelerin. Weber Druck + Verlag GmbH, Heiden 1998.
 - Renate Bräuniger: Catharina Sturzenegger, Pazifistin? Feministin? In: Frauenleben Appenzell, Appenzeller Verlag, Herisau 1999.
 - Catharina Sturzenegger: Kurzgefasste Schweizergeschichte. R. Weber's Buchdruckerei, Heiden 1896.
- Bild links: Gedenktafel für Catharina Sturzenegger an der Kirche Wolfhalden AR



Philosoph, Politiker, Publizist

Am 25. Februar 2016 ist Willy Spieler im Alter von 78 Jahren in Zürich gestorben. Der ehemalige Redaktor der Zeitschrift «Neue Wege» war ein würdiger «Enkel» von Leonhard Ragaz, dem Gründer der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz, sowohl als kritischer Publizist wie als engagierter Sozialist und gründlicher Denker.

/ Peter Weishaupt /

Man wusste zwar schon seit einiger Zeit von Willys Erkrankung, der Nichtraucher litt an Lungenkrebs, doch dann kam seine Todesanzeige doch etwas überraschend. Geboren wurde Willy Spieler am 6. August 1937, der für ihn, wie er in seinem Lebenslauf schrieb, zu einem zweifachen Schicksalstag wurde. An jenem Tag 1937 stürmten Francos Truppen die spanische Hauptstadt Madrid, damit standen mit dem Sieg des Faschismus die Zeichen endgültig auf Krieg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der 6. August mit dem Atombombenabwurf auf Hiroshima zu einem Mahnmal der Weltgeschichte.

Prägendes Ereignis Kriegsende 1945

Für den kleinen Willy, der mit seinen Eltern bis Ende 1945 in Glarus wohnte, wo sein Vater eine Arztpraxis führte, war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein prägendes Ereignis: «Diesmal läuteten die Kirchenglocken den Frieden ein. Nie mehr habe ich eine derart gelöste, jubelnde und tanzende Menge erlebt wie an jenem Abend unter meinem Fenster am Rathausplatz.» Im Sommer 1948 nahmen ihn seine Eltern auf ihre erste Autoreise nach dem zerbombten Deutschland mit. «Ich erinnere mich an Städte wie Köln und Mannheim, die endlose Trümmerhaufen gigantischen Ausmasses waren. So also sahen die Folgen des totalen Kriegs aus!»

Willy wollte nach der Primarschule, die er hasste, ans Gymnasium, obschon oder gerade weil sein Lehrer meinte, es ihm ausreden zu müssen. So kam er zuerst an die Stiftsschule Engelberg und lernte dort, in eine Kutte gekleidet, das Internatsleben in einem Benediktinerkloster kennen. Nachhaltig beeindruckte ihn der effektvolle Auftritt der

«Rhetoriker» – «dass einer gegen seine eigene Überzeugung überzeugend auftreten konnte, galt als besondere Leistung». Dass er Latein liebte, weil «die Klarheit dieser Sprache seinen Kopf in Ordnung brachte», drang im Leben des Politikers und Redaktors immer wieder durch.

Politische «Konversion» vom Katholiken zum Sozialisten

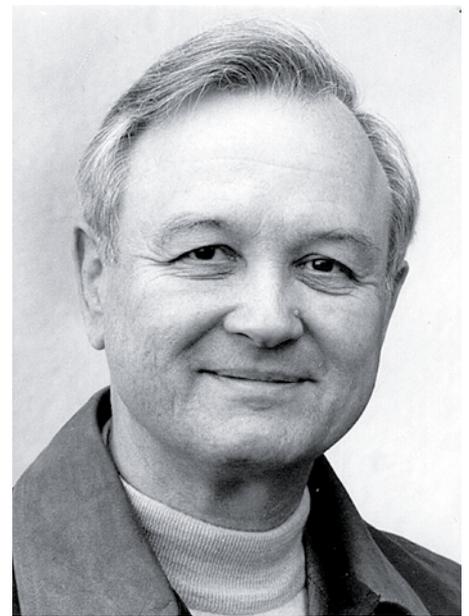
Später in der Kantonsschule Luzern interessierten ihn die sprach- und geisteswissenschaftlichen Fächer. Jene Jahre gehörten zu den glücklichsten seines Lebens. Seine erste Seminararbeit galt dem «Widerstandsrecht». Im Frühjahr 1959 unterzog er sich dem Drill der Offizierschule und wurde später Oberleutnant. Seine politische «Konversion» erfolgte Anfang der 1960er-Jahre, als er – noch als Zentralpräsident des katholischen Studentenvereins – den Eintritt in die Sozialdemokratische Partei wagte.

Dass es ihm zusammen mit dem späteren CVP-Bundesrat Flavio Cotti gelungen war, den Weg für die Aufnahme von Studentinnen in den Studentenverein zu ebnen, sei hier auch vermerkt. Sein Wirken im Rahmen der SP war umfassend, so war er u.a. einflussreicher Zürcher Kantonsrat und Verfasser eines visionären Parteiprogramms. Obwohl er in seinem katholischen Milieu nicht mehr gerade beliebt war, wählten ihn die Bischöfe für die Jahre 1973–1977 in die gesellschaftspolitische Kommission «Justitia et Pax».

30 Jahre Redaktor der «Neuen Wege»

Später war Willy Spieler zusammen mit Rechtsanwalt Niklaus Heer Gründer der «Christen für den Sozialismus», was ihn auch in Kontakt mit den religiösen SozialistInnen und deren Erbe – nämlich der von Leonhard Ragaz verkündeten Botschaft vom Reich Gottes – brachte. 1977 trat Spieler in die Redaktion ihrer Zeitschrift «Neue Wege» ein, die damals vor der Einstellung stand. Er sollte bis 2007 bleiben. Spieler später über sein 30-jähriges Engagement: «Indem es mir gelungen ist, die «Neuen Wege» zu retten, haben sie auch mich gerettet.»

Dass Willy Spieler ein eloquenter und scharfer Denker war, zeigte sich



etwa bei der Auseinandersetzung um das Referendum gegen die Auslandseinsätze der Armee im Rahmen der UNO, das AUNS und GSOA gemeinsam ergriffen hatten und über das 2001 abgestimmt wurde. Spieler, der aktiv für die Armeeabschaffungsinitiative der GSOA eingetreten war, wandte sich luzide gegen die offenen Widersprüche des linken Referendums und «gegen einen Pazifismus, der dem Neutralismus Vorschub leistet – denn bei Völkermord gibt es keinerlei Neutralität», und trat dafür ein, dass «das Gewaltmonopol der UNO gestärkt statt infrage gestellt werden soll».*

* Beitrag in «Abschied vom Inseldasein. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der Weltgemeinschaft. Friedenspolitische Perspektiven zum UNO-Beitritt», Broschüre des Schweizerischen Friedensrates, Dezember 2000.

CIVIVA

zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Beratungsabende in Zürich

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA führt regelmässig Beratungsabende für Dienstpflichtige zu den Themen Wehrpflicht, Zivildienst, Militär und Tauglichkeit durch. Die Anlässe sind offen für alle, sie beginnen jeweils am Mittwochabend um 19 Uhr. Mitzunehmen sind relevante Unterlagen (Marschbefehl, Verfügungen usw.) und 20 Franken Unkostenbeitrag.

Details und Daten sind zu finden unter www.civiva.ch/beratung

Verena Ritter, Vordenkerin des SFR

Am 27. September 2015 ist Verena Ritter im Alter von 81 Jahren gestorben. In den 1960er- und 70er-Jahren spielte sie eine herausragende Rolle im Schweizerischen Friedensrat.

/ Ruedi Tobler /

Es ist nicht einfach, ein Lebensbild von Verena Ritter zu zeichnen. Denn «sie grenzte sich bewusst ab! Keine Vermischung von Familienthemen mit Themen ihrer übrigen, vielfältigen und zahlreichen Wirkungsfelder resp. Beziehungsnetze», hat uns ihr Verwandter Peter Rietschin aus Schaffhausen geschrieben, der Geburtsstadt von Verena. Darum haben wir auch erst mit Verspätung von ihrem Tod erfahren. So versuche ich denn, aus Mosaiksteinen ein unvollständiges Bild zusammenzusetzen, das ihr hoffentlich einigermaßen gerecht wird.

Erstes Engagement im SCI

Ihren Einstieg in die Friedensarbeit hat Verena Ritter in den Fünfzigerjahren beim SCI, dem Internationalen Zivildienst, gefunden. Die Verbindung der Idee der Völkerverständigung mit praktischer Arbeit in den Freiwilligenlagern überzeugte auch in der Zeit, als der Kalte Krieg wenig Spielraum für Friedensarbeit liess. In dieser Zeit war der SCI die am breitesten abgestützte Friedensorganisation in unserem Land. Dort schuf sich Verena einen grossen Bekanntenkreis, der sich über die ganze Schweiz verteilte – so etwa zur Familie von Fridolin Trüb in St. Gallen, wo sie neben ihrer Arbeit im Sozialdienst des Kantonsspitals auch bei Trübs Kinderhütendienst leistete.

Sie engagierte sich zeitweise im SCI-Sekretariat an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich, wo damals der spätere SFR-Präsident Hansjörg Braunschweig arbeitete. Verena durfte in der Schweiz an zahlreichen Freiwilligenlagern teilgenommen haben, ebenso war sie öfters im Ausland im Einsatz, so in Norwegen, auf Island, in Griechenland und wohl auch in Afrika.

Go-between in Berlin

Ihr Engagement beschränkte sich nicht auf den SCI. Vermutlich mit dem Christ-



lichen Friedensdienst CFD absolvierte sie zu Beginn der 1960er-Jahre einen mehrmonatigen Einsatz im Johannesstift in Berlin-Spandau, wo sie als Dolmetscherin tätig war – zur Zeit, als die Stadt durch die Errichtung der Mauer entzweigeschnitten wurde. Als Schweizerin hatte sie noch die Möglichkeit, die Grenze zu passieren. So wurde sie zur Brückenbauerin zwischen West- und Ostberlin, trotz Grenzkontrollen und auch Polizeiverhören. Sie überbrachte nicht nur Nachrichten, sondern auch Dokumente.

In Ostberlin lernte sie Pfarrer Klaus Zimmermann kennen, mit dem sie eine Freundschaft bis ans Lebensende pflegte. Die Verbundenheit mit Berlin hielt ebenfalls das ganze Leben, ihren letzten Geburtstag feierte sie dort. Die Verständigung über die Blockgrenzen hinweg war für Verena ein besonderes Anliegen. So hat sie nicht nur an einem Freiwilligenlager in einer Kolchose in der Sowjetunion teilgenommen, sondern 1965 auch ein Lager in der DDR geleitet, das der SCI mit der «Freien Deutschen Jugend» zusammen organisierte.

Geschärftes strukturelles Denken

Ein zentrales Anliegen war ihr die Entwicklungszusammenarbeit. Im Auftrag

der UNESCO war Verena in Bhutan als Beraterin des Königs tätig. Auch später reiste sie öfter in diese Region, zusammen mit ihrer Schwester fuhr sie nach Tibet, Nepal und immer wieder Bhutan. Sie interessierte sich für interreligiöse Fragen, befasste sich mit dem Buddhismus, las Schriften des libanesischen Weisheitslehrers Khalil Gibran und verehrte den Dalai Lama. Zehn Jahre lang bis 2008 war Verena Kassierin von Brot für Alle in der Berner Kirchgemeinde Paulus. Sie hatte nicht nur stets den Überblick über die Spenden und deren Entwicklung, sondern setzte sich auch kritisch mit den unterstützten Projekten auseinander.

Bei all diesen Tätigkeiten kam Verena das strukturelle Denken zur Hilfe, das sie im Soziologiestudium geschärft hatte. Zuvor hatte sie sich zur Sozialarbeiterin ausgebildet. Schon ihre Diplomarbeit an der Schule für Soziale Arbeit in Zürich von 1957 hatte eine strukturelle Thematik: «Die Einordnung der Gemeindefürsorgestelle in die Gemeindeverwaltung». Eine weitere Diplomarbeit von 1966 trug den Titel «Die Pflegegeldfrage im Pflegekinderverhältnis». 1970 war Verena Mitherausgeberin einer soziologischen Analyse des schweizerischen Kindergartenwesens, 1972 Mitherausgeberin einer Studie zu Vorschulbildung und Vorschulpolitik. Ihre Dissertation von 1975 verfasste sie zum Thema «Aspekte des schweizerischen Sehbehindertenwesens». Während ihrer Anstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektion beschäftigte sie sich mit der Arbeitssituation des Pflegepersonals in stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens und war an einer Studie zu diesem Thema beteiligt.

Fruchtbare Arbeit im Friedensrat

1964 erfolgte im Friedensrat ein Generationenwechsel. Hansjörg Braunschweig übernahm das Präsidium von Jules Humbert-Droz. Damals wurde auch Verena Ritter ins Büro gewählt, wie das Leitungsgremium damals hiess. Es folgte das wohl fruchtbarste Jahrzehnt in der Arbeit des Friedensrates, in der die inhaltlichen Grundlagen für die Arbeit in den kommenden Jahrzehnten ge-

legt wurden. Die Dokumente aus jener Zeit tragen deutlich die Handschrift von Verena Ritter.

In den Vorschlägen zur Totalrevision der Bundesverfassung von 1969 findet sich ein Strauss von Anregungen für die Ausgestaltung einer neuen Verfassung. So sollten die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte umschriebenen Rechte integral in die Verfassung übernommen werden. Die von Bundesrat Furgler angestossene Totalrevision scheiterte zwar, doch in der Verfassung von 1999 wurde immerhin ein Teil der Menschenrechte als Grundrechte verankert.

In der Zivildienst-Studienkommission

Ein zentrales Kapitel zur Totalrevision ist dem Thema «Dienstleistung» gewidmet. Es postuliert den Grundsatz der Freiwilligkeit von Dienstleistungen (statt Wehrpflicht), mit Wahlmöglichkeit zwischen zivilen und militärischen Diensten. Bei den Diskussionen um die sogenannte Münchensteiner Initiative wurden 1970 die «Thesen zur Schaffung eines Zivildienstes» erarbeitet, ausgehend von der damals bestehenden Militärdienstpflicht, und das Postulat der freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst aufgestellt. Bis heute dominiert es aus unserer Sicht die Diskussionen um die Ausgestaltung des Zivildienstes.

Als das «Forum Helveticum» 1971 eine Studienkommission zur Frage des Zivildienstes im Rahmen der allgemeinen Dienstpflicht einsetzte, hätte eigentlich ein Militärverweigerer den Friedensrat vertreten sollen, was anscheinend die Grenze des Zumutbaren sprengte. Gerade noch akzeptabel war eine Frau, Verena Ritter. Durch ihre fundierte und seriöse Arbeit hat sie sich grossen Respekt und unseren Vorstellung Geltung im Abschlussbericht verschafft.

Memorandum zum Friedensinstitut

In der Vernehmlassung zur Totalrevision der Bundesverfassung nahm das Thema Ausländerpolitik viel Raum ein und wurde in der Vernehmlassung zur Revision des Ausländergesetzes (ANAG) von 1976 unter dem Titel «Solidarität statt Diskriminierung» weiter ausgeführt. Dem Revisionsentwurf wurden die «Thesen für ein Einwanderergesetz» gegenübergestellt. Und in der Vernehmlassung zur Schaffung des Asylgesetzes von 1976 wurde ein Paradigmenwechsel gefordert: weg vom Recht des Staats, Asyl zu gewähren, hin zum subjektiven

Recht des Flüchtlings auf Anerkennung des Asyls.

Nachdem ein entsprechendes Postulat für die Schaffung eines schweizerischen Friedensforschungsinstituts immer mehr auf die lange Bank geschoben wurde, hat der SFR 1971 ein Memorandum zum Schweizerischen Friedensinstitut publiziert, das insbesondere in wissenschaftlichen Kreisen auf grosses Interesse stiess. Allerdings konnten wir trotzdem nicht verhindern, dass in einem grossen Teil der Militärkreise das Anliegen als subversiv und gegen die Landesverteidigung gerichtet empfunden und entsprechend abgeblockt wurde. Die Präambel ist heute noch sehr lesenswert, weshalb wir sie im Kasten rechts abdrucken.

Thesen zur Wagnispolitik

Verena Ritter hat sich mit ihrer Arbeit in der Studienkommission des «Forum Helveticum» grossen Respekt verschafft und sie wurde 1974 als Referentin zur Tagung «Sicherheit, Selbstbehauptung, Landesverteidigung» im Stapferhaus in Lenzburg eingeladen. Zu diesem Anlass hat sie «Thesen zur Wagnispolitik» formuliert, die heute noch richtungsweisend sind, gerade in der Auseinandersetzung mit der Politik der SVP. Hier die Titel zu den einzelnen Kapiteln der Thesen:

- Selbstbehauptung ist keine angemessene Antwort auf die verschiedenen Bedrohungen.
- Sicherheit gibt es nicht.
- Die Fixierung auf den Katastrophenfall muss aufgegeben werden.
- Lernen, Lernbereitschaft sind Grundvoraussetzungen, um Bedrohungen zu vermeiden, zu vermindern, zu meistern.
- Nicht Unabhängigkeit, sondern Selbstbestimmung der Abhängigkeiten.
- Nicht Neutralität, sondern bewusstes In-der-Welt-Sein.
- Solidarität mit den Schwächeren als die Richtschnur für das In-der-Welt-Stehen, wobei Selbstbestimmung die Voraussetzung ist.
- Solidarität, Selbstbestimmung, Engagement «sichern» die Schweiz besser im Innern und gegen Aussen als die Armee.
- Aber heute ist ein dreifacher Einsatz im Nebeneinander gefordert.

Alle hier erwähnten Texte, die Verena verfasst oder an denen sie mitgearbeitet

hat, sind abgedruckt im Band «Rückblick für die Zukunft. Wandlung und Wirken des Schweizerischen Friedensrates in 35 Jahren», erschienen 1981 in der Schriftenreihe des Schweizerischen Friedensrates (Restexemplare sind noch beim SFR-Sekretariat erhältlich).

1975 erfolgte mit dem Rücktritt von Hansjörg Braunschweig als Präsident des Friedensrates erneut ein Generationenwechsel in den Leitungsgremien. Damit trat auch Verena Ritter ins zweite Glied zurück. Weiterhin verfolgte sie unsere Aktivitäten, unterstützte uns finanziell und nahm an unseren Jubiläumsveranstaltungen teil. Nach langjährigem aktivem Engagement wurde Verena aktive Sympathisantin und ist es bis zu ihrem Tod im September vergangenen Jahres geblieben. Wir werden sie dankbar in Erinnerung behalten, in der Hoffnung, dass ihre Überzeugungen auch in Zukunft ihre Wirkung entfalten.

Präambel zum Memorandum des SFR zum Schweizerischen Friedensinstitut vom 13. April 1971

Kriege hat es immer gegeben – aber es muss sie nicht immer geben!
Kriege sind keine Schicksalsschläge, sondern die Folge bestimmter Abläufe, von Menschen geplant und gestaltet. Kriege sind somit erforschbar, beeinflussbar, überwindbar.
Friede ist mehr als «Nicht-Krieg».
Friede ist erst zu schaffen.
Friede bedeutet Entwicklung zu einer freiheitlichen, brüderlichen Welt.
Friede ist Veränderung der Welt zu sozialer Gerechtigkeit und Entfaltung des Menschen in der Gesellschaft.
Friede ist aber kein statischer, paradiesischer Endzustand.
Friede ist ein dynamisches Geschehen, ein immerwährendes Werden.
Friede ist immer wieder neu zu denken und zu verwirklichen.
Auch Friede ist die Folge bestimmter Abläufe, von Menschen geplant und gestaltet.
Friede wird das Ergebnis politischer, erzieherischer, informatorischer, wirtschaftlicher und technischer Anstrengung sein.
Friedensarbeit braucht den Einsatz von Menschen, Ideen, Geldmitteln, Organisation.

Die Waffenausfuhrstatistik 2015

Land	Wert CHF	Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Deutschland	130'301'685	Kanada	1'871'705	Kenia	32'066
Indien	45'499'251	Tschechien	1'730'471	Griechenland	22'804
Indonesien	44'224'981	Chile	1'545'297	Neuseeland	20'215
USA	26'298'280	Malaysia	1'151'189	Dominikanische Republik	16'600
Italien	24'430'342	Finnland	963'819	Lettland	15'261
Pakistan	20'785'860	Slowakei	917'175	Kuwait	15'114
Grossbritannien	19'074'030	Irland	896'739	Jordanien	11'887
Südafrika	16'615'058	Libanon	680'656	Malta	11'139
Brasilien	15'974'446	Japan	501'494	Ecuador	10'797
Rumänien	13'389'084	Brunei	500'225	Kosovo	8'161
Oman	10'974'363	Macau	471'251	Vatikan	4'900
Arabische Emirate	8'106'927	Estland	460'135	Uruguay	4'266
Frankreich	7'571'844	Paraguay	378'451	Litauen	4'101
Dänemark	7'269'597	Singapur	324'321	Zypern	3'965
Norwegen	5'798'019	Australien	313'695	El Salvador	3'704
Saudi-Arabien	5'779'147	Katar	311'484	Ghana	2'500
Österreich	4'805'766	Bosnien und Herzegowina	185'701	Russland	2'100
Niederlande	4'732'059	Türkei	137'471	Island	1'017
Schweden	4'686'845	Mexiko	136'855	Hongkong	600
Belgien	4'644'816	Luxemburg	122'066	Portugal	506
Spanien	2'448'424	Israel	108'486	Mongolei	236
Südkorea	2'382'880	Polen	104'608		
Bahrein	2'288'350	Slowenien	78'928		
Ungarn	2'192'621	Kroatien	73'055		
Bulgarien	2'059'938	Senegal	58'452		
				Total 71 Länder	446'550'281

Zur Waffenausfuhrstatistik 2015

Die offizielle Statistik der Ausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial inklusive einem Spezialbericht zu den Kleinwaffen, die das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco jedes Jahr zusammenstellt und publiziert, verzeichnet für 2015 einen Umfang von 446,6 Millionen Franken, das entspricht gegenüber 2014 einem Rückgang um 21 Prozent. Es handelt sich dabei um effektiv ausgeführte Waffen gemäss den Kriterien des Kriegsmaterialgesetzes. Nicht in dieser Zahl inbegriffen sind die gleichzeitig erteilten Bewilligungen für neue Exporte, die mit 201 Millionen Franken um 35 Prozent auf nicht weniger als 769 Millionen gestiegen sind.

Diese neuen Bewilligungen werden aber nicht zwingend in der Statistik des laufenden Jahrs auftauchen, sondern in jenem Jahr, in dem die Lieferungen tatsächlich erfolgten. Auch werden nicht alle Bewilligungen von den Firmen genutzt, weil etwa die Finanzierung nicht zustande kommt. Waren im Vorjahr noch fünf Gesuche abgelehnt worden, wurden 2015 sämtliche bewilligt. Ein vom Seco bewilligter Export kann sich dabei auch auf mehrere Jahre verteilen.

Was nicht in der Statistik steht

Ebenfalls ausserhalb der offiziellen Statistik bewegen sich die sogenannten besonderen militärischen Güter, die unter das Güterkontrollgesetz fallen. Der Gesamtwert der Einzelbewilligungen für diese Güter übertrifft mit 1165 Millionen Franken jene für die eigentlichen Kriegsmaterialexporte um das Andert-halb-fache. Dieser hohe Betrag erklärt sich dadurch, dass in diese Kategorie vor allem die militärischen Trainingsflugzeuge der Firma Pilatus gehören, die seit Jahrzehnten unbegreiflicherweise nicht als Kriegsmaterial deklariert werden, obwohl sie unverzichtbarer Bestandteil für eine effiziente Ausbildung der jeweiligen Luftwaffen sind, auch wenn sie direkt nicht bewaffnet sind.

Weitere «besondere militärische Güter» sind moderne Aufklärungsdrohnen sowie High-Tech-Nachtsichtgeräte, die eigentlich ebenso unverzichtbare Bestandteile moderner Armeen sind. Bei diesen Zahlen handelt es sich wohlge-merkt um erteilte Bewilligungen, wovon laut Angaben des Seco 1014 Millionen Franken auf bereits früher bewilligte Geschäfte fallen, neue seien im letzten Jahr

nur für 151 Millionen Franken bewilligt worden.

Nur die Spitze des Eisbergs

Detaillierte Aufschlüsselungen für diese Lieferungen nach Ländern und Umfang werden im Zolltarif nicht ausgewiesen, weshalb über die tatsächlich ausgeführten Güter keine Zahlen existieren bzw. bekanntgegeben werden. Erteilte Bewilligungen sind ein Jahr gültig und müssen nach einer einmaligen Verlängerung von sechs Monaten neu eingeholt werden. Eine weitere Kategorie, über die keinerlei Daten erhältlich, ja nicht einmal vage Schätzungen möglich sind, umfasst die sogenannten Dual-Use-Güter, also Geräte, die sowohl militärisch als auch zivil benützt werden können. Sie dürften aber mit Blick auf die heutigen Produktionsbedingungen immer wichtiger werden. Zu guter Letzt: Angaben darüber, welche Beträge in die Finanzierung von Waffenfirmen fliessen, und dies nicht nur in Atomwaffen produzierende, existieren ebenfalls nicht, wären aber der Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz für internationale Finanzströme angemessen. Wie ersichtlich, darf also

die offizielle Statistik der Kriegsmaterial-
exporte mit Fug und Recht als nur die
Spitze eines Eisbergs bezeichnet werden.

Bedeutende Fliegerabwehrwaffen

Die grössten Geschäfte waren dabei die
Ausfuhr gepanzerter Radfahrzeuge und
deren Bestandteile nach Deutschland
(47,3 Mio. Franken), die Lieferung von
Feuerleitgeräten für Fliegerabwehrge-
schütze nach Indien (45,5 Mio.) sowie
von Fliegerabwehrsystemen inklusi-
ve Ersatzteilen nach Indonesien (43,3
Mio.), was fast die gesamte Ausfuhr in
die beiden letztgenannten Länder aus-
macht. Insgesamt machten die Exporte
von Feuerleiteinrichtungen 30,4 Prozent
aus, 25,2 Prozent entfielen auf Munition
und Munitionsbestandteile für Waf-
fen jeglichen Kalibers, 15,1 Prozent auf
gepanzerte Landfahrzeuge, 14,9 Pro-
zent auf Waffen jeglichen Kalibers und
5,2 Prozent auf militärische Explosiv-,
Brenn- und Treibstoffe. Der Rest von 9,2
Prozent verteilt sich auf diverse weitere
Kategorien. Die Ausfuhren nach Europa
machten dabei 53,6 Prozent aus (2014:
60,9%) – womit der Rückgang der Lie-
ferungen hauptsächlich auf europäi-
sche Destinationen zurückzuführen ist
–, diejenigen nach Amerika 10,4 Pro-
zent (9%) und nach Asien 32,3 Prozent
(29,7%). Nach Afrika erhöhten sich die
Ausfuhren um 3,5 Prozent (gegenüber
0,2% im Vorjahr) und nach Australien
blieben sie bei 0,1 Prozent.

Der harte Franken ist hauptschuldig

Das Seco führt den Rückgang der Waf-
fenexporte im vergangenen Jahr nicht
in erster Linie auf das ab 27. März 2015
faktische Moratorium für neue Liefere-
rungen an die in den Jemen-Krieg ver-
wickelten Länder zurück (Bestandteile
früherer Bewilligungen tauchen in der
Statistik bei den Vereinigten Arabischen
Emiraten und bei Saudi-Arabien noch
auf), sondern auf den starken Schwei-
zer Franken, der wie der Gesamtwirt-
schaft auch der Waffenindustrie an die
Substanz geht. Allerdings deutet der
Anstieg der neuen Bewilligungen darauf
hin, dass trotz dem Moratorium für den
Nahen Osten der Rüstungsindustrie die
Geschäfte nicht ausgehen, ja diese wie-
der stark anziehen werden.

Seit dem 1. November 2012 kann
die Schweiz sogenannte Post-shipment
verifications (psv) durchführen, also
Kontrollen vor Ort, ob die gesetzlich
vorgeschriebenen Nichtwiederausfuhr-
erklärungen von den Empfängerländern

tatsächlich eingehalten werden. Das
heisst, besteht im Bestimmungsland ein
erhöhtes Risiko, dass das auszuführende
Kriegsmaterial an einen unerwünschten
Endempfänger weitergegeben wird,
so darf die Schweiz vor Ort Kontrollen
durchführen. Solche Proliferationen von
Rüstungsexporten hatten früher zu et-
lichen Skandalen geführt. Als eines der
wenigen Länder, die solche Reexporte
kontrollieren, hat die Schweiz 2015 in
Estland, Ghana, Indonesien, Jordanien,
Libanon, Macau, Mexiko, Südkorea so-
wie in der Türkei handfest mit Augens-
chein vor Ort – wie das Seco beteuerte
– überprüft, ob die Waffen physisch real
auch vorhanden waren.

Kleinwaffenexporte

Das gleiche durchgezogene unvollständi-
ge Bild zeigt sich auch bei den kleinen
und leichten Waffen (SALW): Ein Teil ist
in der Kriegsmaterialstatistik enthalten,
also der Export von Revolvern, Pistolen,
Gewehren und Karabinern, Maschinen-
pistolen, Sturmgewehren und leichten
Maschinengewehren («kleine Waffen»)
sowie schweren Maschinengewehren,
tragbaren Granatwerfern, Flugzeugab-
wehr- und Panzerabwehrkanonen sowie
Mörsern («leichte Waffen»), doch ver-
stecken sich unter dem Güterkontroll-
gesetz auch eindeutig erkennbare Jagd-
und Sportwaffen und anderes Gerät, das
nicht detailliert aufgeführt wird. Für die
Bewilligung von «kleinen» Waffen ist übri-
gens nicht das Seco, sondern die Zen-
tralstelle Waffen des Bundesamts für
Polizei zuständig, für die «leichten» das
Seco.

2015 wurden SALW-Ausfuhrbewil-
ligungen im Gesamtwert von 27,7 Mil-
lionen Franken ausgestellt (2014: 46,1
Mio.); bei den Kleinwaffen ergibt sich
aber regelmässig ein eklatanter Unter-
schied zu den tatsächlich exportierten.
So wurden im letzten Jahr effektiv «nur»
Waffen für 19'960'063 Franken ausgeführt,
und während entsprechende Munition
für 80'513'007 Franken bewilligt worden
war, exportierte die Schweiz tatsächlich
solche für 45'031'565 Franken. Abnehmer
für Gewehre wie Munition waren
hauptsächlich Australien, Belgien, Brunei,
Deutschland, Estland, Frankreich, Finnland,
Estland, Frankreich, Finnland, Indien,
Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Libanon,
Macau, Malaysia, Oman, Schweden,

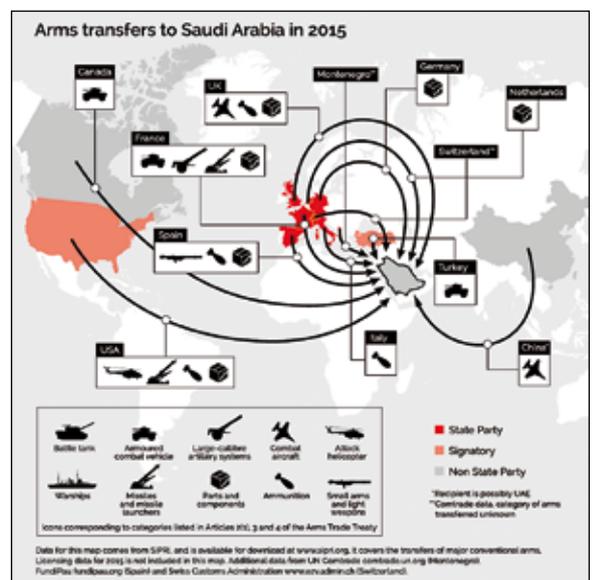
Slowakei, Südafrika, Tschechien, Un-
garn, USA, Vereinigte Arabische Emirate
und Grossbritannien.

Aussen- kontra Wirtschaftsminister

Ende Februar (Redaktionsschlusses die-
ser Ausgabe) hat der Gesamtbundesrat
noch nicht definitiv entschieden, ob
er auf Antrag des Wirtschaftsminis-
ters das Waffenexportmoratorium für
Länder wie Saudi-Arabien, die Verei-
nigten Arabischen Emirate oder Katar,
die in den Jemen-Konflikt involviert
sind, lockern will. Mehrere Male wurde
Schneider-Ammanns Antrag zur Über-
prüfung an ihn zurückgegeben oder der
Entscheid verschoben. Hinter den Ku-
lissen tobt ein selten heftig ausgeführ-
ter Kampf der Rüstungslobby um die
Durchlöcherung des Embargos. Dage-
gen hält Aussenminister Burkhalter, der
in der Region gerne vermitteln würde.

Inzwischen hat eine UNO-Untersu-
chungskommission einen offiziell noch
nicht veröffentlichten Bericht zuhanden
des Sicherheitsrats erstellt, der unzäh-
lige Völkerrechtsverletzungen aller be-
teiligten Länder und Kampfgruppen in
Jemen dokumentiert. Der dem «Guardian»
zugespielte Report listet 119 Flugein-
sätze der von Saudi-Arabien gelenkten
Koalition auf, die das Kriegsvölkerrecht
verletzten, vor allem verheerende Bom-
bardierungen von Spitälern und rück-
sichtslose Angriffe auf Wohngebiete und
Städte, die als militärische Ziele definiert
werden. Während die Huthi-Milizen
auf der anderen Seite mit gnadenlosen
Blockaden Städte aushungern, hat die
Koalition eine Seeblockade errichtet.
Ausserdem werden Angriffe auf Versor-
gungsrouten und Depots für Nahrungs-
mittel geritten.

Peter Weishaupt



Jahresversammlung 2016

20. Mai 2016, 18.30 Uhr, Käfigturm, Bern

«Die friedenspolitischen Bezüge der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung». Podiumsdiskussion mit EDA, Alliance sud, KOFF und foraus.

Am 25. September 2015 wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von der Generalversammlung der UNO verabschiedet. Für die Arbeit des Schweizerischen Friedensrates ist das Ziel 16 der Agenda von besonderer Bedeutung. Mit diesem möchte man friedliche Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige Institutionen auf allen Ebenen aufbauen. Im Rahmen der Jahresversammlung des SFR möchten wir mit unseren Gästen von Behörden, Gesellschaft und Wissenschaft das Ziel 16 unter die Lupe nehmen und seine Auswirkungen für die Friedensarbeit in der Schweiz besprechen.

Die statutarische Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates findet vorgängig zur öffentlichen Veranstaltung im Berner Käfigturm statt.

- 1 Begrüssung / Entschuldigungen
- 2 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12. Dezember 2015 in Walzenhausen AR
- 3 Jahresbericht 2015 des Präsidenten
- 4 Jahresrechnung 2015, Revisorenbericht, Finanzausblick
- 5 Wahlen (PräsidentIn, Vorstand, RevisorInnen)
- 6 Ausblick auf die Arbeit des laufenden Jahres
- 7 Einblick in das laufende Buchprojekt 'Gartenhof'
- 7 Anträge und Anliegen der Mitglieder, Informationen, Stellungnahmen

Die detaillierten Unterlagen zur Mitgliederversammlung werden auf Wunsch zugestellt. Anträge an die Jahresversammlung sind bis zum 10. Mai 2016 dem Sekretariat einzureichen. Das Programm kann noch Änderungen erfahren, bitte achten Sie auf die Voranzeige auf unserer Website www.friedensrat.ch.



Voranzeige: Gesamtschweizerische Kundgebung Menschenstrom gegen Atom 2016 am Sonntag 19. Juni

Beznau stilllegen – jetzt!

Am Sonntag 19. Juni 2016 findet in der Aargauer Region um das Atomkraftwerk Beznau die 4. gesamtschweizerische Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» statt. Rund 20 Umwelt- und Friedensorganisationen, medizinische und kirchliche Kreise sowie Parteien rufen zu dieser friedlichen Demonstration auf. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht die sofortige, definitive Ausserbetriebnahme des weltweit ältesten Atomkraftwerks in Beznau.

Der Menschenstrom gegen Atom wurde erstmals noch vor der Atomkatastrophe von Fukushima, im Jahr 2010 beim AKW Gösgen in Olten durchgeführt. 2011 versammelten sich die AKW-Gegnerinnen und Gegner in Kleindöttingen beim AKW Beznau und 2012 in Mühleberg. Die Kundgebung beinhaltet auch dieses Jahr kurze und längere Wanderungen auf verschiedenen Routen zu einem zentralen Kundgebungsort, wo mit Speis, Trank, Musik und Reden den Forderungen Nachdruck verliehen wird.

Die diesjährigen Forderungen betreffen vorab die definitive Ausserbetriebnahme des ältesten Atomkraftwerks der Welt, der zwei Reaktoren in Beznau. In ihrem sicherheitstechnischen Herzstück – in den Wänden des Reaktordruckbehälters – wurden bei Beznau II 77 und bei Beznau I 925 Schwachstellen eruiert. Beznau II ging bereits an Weihnachten 2015 wieder ans Netz. Beznau I soll trotz ungeklärter Ursachen und laufender Untersuchungen gemäss Aussagen des Betreibers diesen Sommer wieder in Betrieb gehen. Statt auf Zeit zu spielen und die Fortführung der Schweizer Stromversorgung im Unsicheren zu belassen, gilt es die Energiewende durch eine heute, rechtzeitig festgelegte AKW-Ausserbetriebnahme tatsächlich anzugehen. Auf diese Weise wird ein geordneter, sicherer Atomausstieg für die ganze Schweiz ermöglicht. Der genaue Ort wird auf www.menschenstrom.ch bekanntgegeben, sobald die schriftliche Kundgebungsbewilligung eingetroffen ist.

Freiwilligeneinsätze weltweit



Entdecke die Welt von einer anderen Seite.



www.scich.org

OSTERMARSCH MARCHE DE PÂQUES 28.3.2016

Entrüstung für den Frieden – Geflüchtete willkommen heissen
Désarmé pour la paix – Accueillir les réfugiés

13.00

AUFTAKT | DÉPART

EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
à la gare tram 9 direction Wabern
descendre terminus Wabern

14.30

SCHLUSSKUNDGEBUNG | CLÔTURE

MÜNSTERPLATZ
PLACE DE LA COLLÉGALE
mit
avec

Sarah Diack (cfd – Die feministische Friedensorganisation) und
Amanda Ioset (sospf)

MUSIK | MUSIQUE:

Beat moustache
(Ska, Rock, Folk)
beatmoustache.ch

Feines Essen und Trinken aus dem Jura
Restauration jurassienne Le Marché des paysannes

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

WER WAFFEN SÄT, WIRD
FLÜCHTLINGE ERNTEN!



INTERNATIONALER BODENSEE-FRIEDENSWEG IN DER HAFENSTADT ROMANSHORN OSTERMONTAG, 28. MÄRZ 2016, 10:30 – 15:30 Uhr

10:30 Begrüssung auf dem Bahnhofplatz. Musik: Attac-Rhythm

Ostermarsch Wegstrecke 4 km; Stationen mit kurzen Reden
bei Kälte oder Regen in den Kirchen, abgekürzter Weg

11:00 Tagesstätte Betula: **Achtung vor dem Menschen**
Christian Brönimann, Leiter Betula, Romanshorn

11:45 Evang. Kirche: **30 Jahre nach Tschernobyl, 5 Jahre nach Fukushima**
Aya Domenig, Regisseurin von «Als die Sonne vom Himmel fiel», Zürich

12:30 altes Zollhaus am Hafen: **Nein zu TTIP+TISA und zur Ausbeutung
durch Konzerne** Jochen Kelter, Schriftsteller, Ermatingen

13:00 Kath. Kirche: **Serenat Ezgican**, türkische Sängerin, Arbon
• **Türen auf für Flüchtlinge!** Melinda Nadj Abonji, Schriftstellerin, Zürich
• **Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten!** Ulrich Tilgner, Fernsehjournalist, Hamburg
Kollekte für das Solidaritätsnetz Romanshorn

14:00 **Verpflegung** Suppe, Brot, Getränke. Weiteres aus dem Rucksack

14:45 bis 15:30 Zum Abschluss: **Gesprächsrunden**

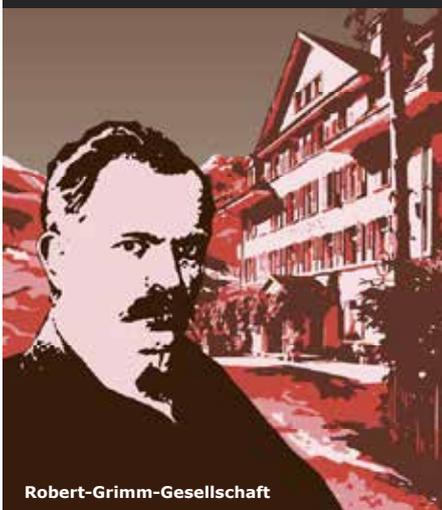
- Alte Kirche: Melinda Nadj Abonji und Ulrich Tilgner
- Pfarrheim: Aya Domenig (mit Filmausschnitten)
- Treffli: Jochen Kelter

Zeitangaben: können etwas variieren!
Näheres zu Programm und früheren Friedenswegen:
www.bodensee-friedensweg.org

100 Jahre Kientaler Friedenskonferenz

Mut für den Frieden!

Veranstaltungen 22.–24. April 2016



Robert-Grimm-Gesellschaft

Als im Sommer 1914 ein Zwischenfall im Balkanraum zum Ersten Weltkrieg führte, versagte die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.

**FREITAG 22. APRIL 2016
19-21 UHR
HOTEL BERN, BERN**

DIE FRIEDENSPOLITIK DER FRAUEN

19.00-19.30 **Clara Zetkin und die sozialistischen Konferenzen für den Frieden**

Marga Voigt, Herausgeberin von Clara Zetkins Kriegsbriefen, Berlin

19.45-20.30 **Die Friedenspolitik der Frauen gestern und heute**

Helena Nyberg (WILPF) und Agnes Hohl (Frauen für den Frieden Schweiz)

21.34 **Abfahrt Bahnhof Bern, Gleis 6.**

Mit dem Zug nach Reichenbach im Kandertal. Von dort mit dem Extrabus nach Kiental.

Dennoch versuchten die Parteien in den neutralen Ländern, die internationalen Verbindungen nicht ganz abreißen zu lassen.

Dabei spielte Robert Grimm, als damaliger Redaktor der Berner Tagwacht, eine besonders wichtige Rolle.

Er organisierte im September 1915 in Zimmerwald und im April 1916 in Kiental zwei internationale Friedenskonferenzen.

An den Veranstaltungen werden die Bedeutung der sozialistischen Friedenskonferenzen für heute und morgen sowie aktuelle Entwicklungen betrachtet und Möglichkeiten einer Friedensaktion diskutiert.

**SAMSTAG, 23. APRIL 2016
14-18.30 UHR
HOTEL BÄREN, KIENTAL**

TAGUNG: MUT FÜR DEN FRIEDEN

14.00-14.15 **Begrüssung**

Dr. Monika Wicki, Präsidentin der Robert-Grimm-Gesellschaft

14.15-15.30 **Die Manifeste von Zimmerwald und Kiental**

Dr. Bernard Degen, Universität Basel

15.30-16.00 **Kaffeepause**

16.00-17.00 **War on Terror—Ein kritischer Blick**

Prof. Dr. Ueli Maeder, Leiter des Studiengangs Konfliktanalysen der Uni Basel, Stiftungsrat Swisspeace

17.00-18.30 **Gegen Krieg und Gewalt—Für Frieden und soziale Sicherheit**

Workshop mit Anne Polikeit (PdA Bern), Felix Birchler, Thomas Leibundgut (GSOA Schweiz), Hans Schächli (Basta), Agnes Hohl (Frauen für den Frieden), Peter Hug (SP Schweiz), Helena Nyberg (WILPF Schweiz) und Peter Weishaupt (Schweizerischer Friedensrat)

**SONNTAG, 24. APRIL 2016
10-16.45 UHR
HOTEL BÄREN, KIENTAL**

10.00-11.30 **Matinée**

Lokale Bewegungen global vernetzen

Jean-Pierre Brard, ancien député-maire de Montreuil (Paris)

WER WAFFEN SÄT, WIRD FLÜCHTLINGE ERNTEN!



INTERNATIONALER BODENSEE-FRIEDENSWEG IN DER HAFENSTADT ROMANSHORN OSTERMONTAG, 28. MÄRZ 2016, 10:30 – 15:30 Uhr

FRIEDENSZEITUNG

Die Friedenspolitische Zeitschrift des Schweizerischen Friedensrates



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG:**

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch